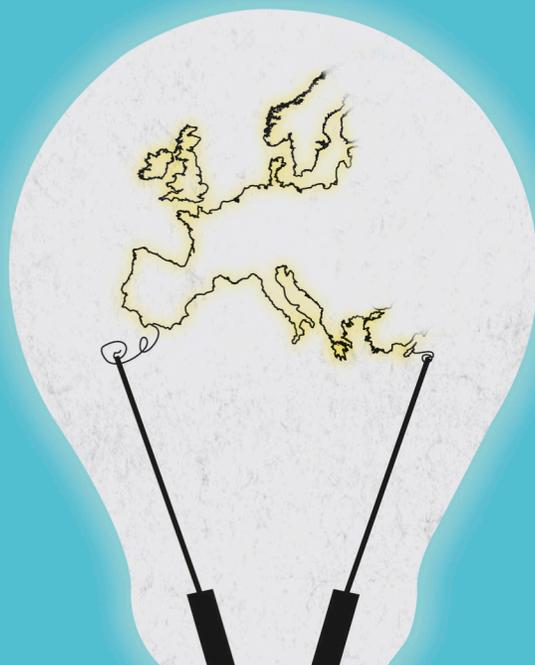


CONRAD KUNZE / SÖREN BECKER

Energiedemokratie in Europa

Bestandsaufnahme und Ausblick



ERNEUERBAR
DEMOKRATISCH
PARTIZIPATION
POSTWACHSTUM
SUFFIZIENZ

SOZIALE BEWEGUNGEN



CONRAD KUNZE, SÖREN BECKER

Energiedemokratie in Europa

Bestandsaufnahme und Ausblick



**INTERVIEWS, ONLINE-RECHERCHE
UND ÜBERSETZUNGEN:**

Gerry Billing für Skandinavien
Dr. Carla Detona für Italien
Dr. Mihaela Vancea für Spanien
Irene Penegaricaño für Frankreich

ONLINE-RECHERCHE:
Gwendolyn Buttersack für Griechenland
Dimana Shishkova für Bulgarien

DANKE FÜR RAT UND HILFE AN:
Transition Town Network Europe, Dr. Matthias Naumann,
Gabriel Weber, Prof. Dr. Ulrich Brand, Dr. Sabine Hielscher,
Prof. Dr. Wulf Boie, Marie-Luise Welz, Dr. Agnes Przewozny,
Dr. Hans Thie, Stefan Mey, Marlis Gensler, Dr. Klaus Sühl

In Anlehnung an die Sprachpolitik der Universität Leipzig und der Leserinnenfreundlichkeit
zuliebe sind alle unpersönlichen Subjekte im Femininum gehalten.

[Inhalt]

[I Einleitung]	5
1. Was soll Energiedemokratie bedeuten?.....	8
2. Verteilung in Europa.....	12
[II Beispiele]	14
1. Sozialökologisches Stadtwerk Berlin.....	15
2. Somenergia, eine Energiegenossenschaft verbindet Ortsgruppen in Spanien.....	17
3. Machynlleth, Wales' erstes Bürgerinnenwindrad.....	21
4. Ungersheim, vom Bergbau zur französischen Ökostadt.....	23
5. Gigha, eine schottische Insel sozialisiert erst den Boden und dann den Wind.....	26
6. Zschadraß, eine sächsische Kleinstadt entkommt der Schuldenfalle mit Wind und Sonne.....	30
7. Told, ein ungarisches Romadorf überwindet die Energiearmut.....	33
8. Atterwasch, mit der Energiewende gegen den Tagebau.....	35
9. Retenergie, eine italienische Energiegenossenschaft mit Ökostromanbieter.....	37
10. Lieberoser Heide, die größte Solaranlage Europas finanziert die Munitionsräumung.....	41
11. Vents du Sud, eine Produktionsgenossenschaft im Süden Belgiens.....	43
12. Fair Planet, eine globale Energiegenossenschaft aus Münster.....	45
[III Ergebnisse]	46
1. Demokratisierung und Beteiligung.....	47
2. Eigentum und Besitz.....	48
3. Produktions-und-Konsum-Genossenschaften.....	49
4. Soziale Tarife.....	50
5. Wertschöpfung und Beschäftigung.....	51
6. Ökologie und Postwachstum.....	52
[IV Ausblick]	55
Literatur.....	61



[I Einleitung]

Erneuerbare Energien auf der Basis von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse¹ sind eine friedliche Alternative zu den fossilen Energien Kohle, Öl, Uran (Atomkraft) und Gas. Die Erneuerbaren können dezentral gewonnen werden und stehen fast allen zur Verfügung. Kriege um Lagerstätten und Pipelines gehören so wenig zu ihnen wie radioaktive Katastrophen und Klimachaos. Und die Energiewende ist mehr als eine nur technische Angelegenheit, denn soziale Bewegungen gegen Tagebaue, Schiefergas und Energiearmut gehen oft eine Allianz mit denjenigen ein, die für erneuerbare Energien eintreten. Sie stärken ihr politisches Anliegen, indem sie nicht nur gegen eine schlechte, sondern auch für eine gute Technologie streiten. Aus den vielen lokalen Bewegungen, die oft eine konkrete Technologie wie ein Windrad oder einige Solarzellen ermöglichen, formt sich europaweit eine neue Idee, die Idee einer sauberen, demokratischen Energieversorgung. Unter verschiedenen Überschriften und ähnlichen Vorstellungen beziehen sich Aktivistinnen und Praktikerinnen in Europa auf die Vision einer demokratischen Energiewende.

Diese Energiewende von unten ist im Jahr 2014 in Gefahr geraten. Zum Ersten tobt ein Kampf um die Deutungshoheit, was Energiewende heißt. Damit die Energiewende ihrem Namen gerecht wird, reicht der Atomausstieg allein nicht aus. Alle Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern muss beendet werden, die aus besonders schädlichen wie Schiefergas, Atom und Kohle zuerst. Lediglich Gaskraftwerke sollten für den Übergang mit konventionellem Erdgas betrieben werden. Bestehende fossile Kraftwerke sollten schrittweise und sozialverträglich abge-



1. Wir zählen zu den erneuerbaren Energien im Weiteren auch die Geothermie, obwohl sie streng genommen nicht erneuerbar ist, aber sie hält sehr lange vor.

baut werden. Wie Greenpeace vorgerechnet hat, ist das technologisch sehr rasch möglich.²

Zum Zweiten wütet seit zwei Jahren eine polemische Debatte gegen die Energiewende. In Großbritannien hilft angeblich nur Atomkraft und Schiefergas gegen Energiearmut, und in Deutschland solidarisierte sich im Jahr 2013 erstmals die Partei des Neoliberalismus, die FDP, mit prekarierten Haushalten und springt ihnen scheinbar als Retterin in der Not bei, wenn es gegen zu hohe Stromrechnungen und Energiewende geht. Die politische Finte ist leicht zu durchschauen, und trotzdem hat sie leider vorerst funktioniert.

Andere jedoch haben zu hoch gepokert und stehen nun nackt da. Vom Wirtschaftswunder durch Schiefergas ist weder in Polen noch in Großbritannien viel zu spüren. Die unermüdlich herbeigeredete und -geschriebene Renaissance der Atomkraft lässt seit 20 Jahren auf sich warten. Jüngst hat die tschechische Regierung, ebenso wie die meisten Banken, verkündet, für neue Atomkraftwerke nicht finanziell haften zu wollen. So überzeugt sind die meisten Atomfreundinnen scheinbar nicht von der Atomkraft, als dass sie selbst dafür geradestehen möchten. Selbst Investitionen in Braunkohlekraftwerke wie Jämschwalde stocken, weil die Besitzerinnen nicht mehr so sicher sind, ob die Kohle noch eine Zukunft hat.

Die Unsicherheit trifft jedoch auch die erneuerbaren Energien. In den Jahren 2014 und 2015 wird die Europäische Union sich neue, verbindliche Ziele für ihre Klima- und Energiepolitik geben. Damit werden die Karten neu gemischt, und natürlich versucht jede Technologiefraktion sich bestmöglich zu positionieren. Bisher sieht es nach einem Rückschlag für die Energiewende aus. Die deutsche Regierung hätte ihre Fürsprecherin sein sollen, stattdessen vollführt sie eine Kehrtwende und bremst die Energiewende. Ganz ähnlich hat die dänische Regierung im Jahr 2002 gehandelt und einen siebenjährigen Dornröschenschlaf für die dänische Windkraft eingeläutet. Im Jahr 2009 wechselte dann die

2. Greenpeace/European Renewable Energy Council EREC: Energy [R]evolution: Towards a fully Renewable Energy Supply in the EU27, 2010, unter: www.greenpeace.org/austria/Global/austria/dokumente/Studien/klima_EU_EnergyRevolution_2010.pdf.

Regierung und auch die Energiepolitik. Die Frage ist also vor allem, welche Art von Energiewende kommt und wie lange das dauern wird.

Wir möchten mit dieser Broschüre die Idee einer demokratischen Energiewende weiterentwickeln und an einigen Beispielen zeigen, wo und wie sie schon funktioniert. Seit der Jahrtausendwende ist mit der Einführung von festen Einspeisetarifen in vielen Ländern der EU ein Universum der tausend Alternativen entstanden. Wir werfen einen Blick auf diese Energiedemokratien und einen Ausblick auf ihre Zukunft.

Im Jahr 2013 haben wir, mit vier weiteren Wissenschaftlerinnen, in ganz Europa nach demokratischen, ökologischen und sozialen Energiewenden gesucht. Diese Broschüre ist die Kurzfassung; eine Langfassung mit dem Titel „Energiedemokratie“ ist parallel als Buch erschienen.³ Im Folgenden wollen wir zunächst den Begriff Energiedemokratie näher bestimmen.



3. Kunze, Conrad/Becker, Sören: Energiedemokratie in Europa, Stuttgart 2014.

.1.

Was soll Energiedemokratie bedeuten?

Der Begriff Energiedemokratie kommt aus der Bewegung für Klimagerechtigkeit. Die Berliner Gruppe Gegenstrom beschreibt Energiedemokratie als „einige Klammer“ von Energie- und Klimakämpfen und als Grundverständnis, „die Entscheidungen, die unser Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen zu können“.⁴ Die Initiative Klimaallianz Osnabrück betont basisdemokratische Formen der Entscheidungsfindung und fordert weitgehende Dezentralität und Konzernunabhängigkeit, die Verfügungsgewalt über die Verteilungsnetze und Stadtwerke in kommunale Hand, moderierte Formen des Interessenausgleichs und gewerkschaftliche Mitbestimmung.⁵ Auf dem Lausitzer Klimacamp 2012 wurde ein diese Ideen vereinender Konsens gefunden: „Energiedemokratie bedeutet, sicherzustellen, dass jedeR Zugang zu genug Energie hat. Die Energie muss jedoch so produziert werden, dass sie weder Umwelt noch Menschen schädigt oder gefährdet. Das bedeutet konkret, fossile Rohstoffe im Boden zu lassen, Produktionsmittel zu vergesellschaften und demokratisieren und unsere Einstellung zum Energieverbrauch zu ändern.“⁶

Um das Konzept für die wissenschaftliche Arbeit genauer zu bestimmen, haben wir es etwas weiterentwickelt und ausdifferenziert, dabei jedoch achtgegeben, seinen Geist nicht zu verändern, sondern so gut wie möglich zu wahren. Entsprechend der zitierten Konzepte haben wir Energiedemokratie in



4. Homepage Gegenstrom 2012: www.gegenstromberlin.net.
5. Osnabrücker Klimaallianz OK: Auf dem Weg zur Klimastadt. Bürgerschaftliche Impulse für Klimaschutz und Energiewende in Osnabrück, 2012, unter: www.osnabruecker-klimaallianz.de/wp-content/uploads/2012/10/O.K._Klimastadt-Reader_1_021012.pdf, S. 18.
6. Zit. nach: Klimacamp.info auf der Homepage des Büros für eine demokratische Energiewende, unter: www.energie-demokratie.de

vier Dimensionen aufgeteilt: Demokratisierung, Eigentum, Wertschöpfung und Ökologie.⁷

DEMOKRATISIERUNG UND BETEILIGUNG

Viele Menschen verstehen Demokratie als einen zu erfüllenden Anspruch statt als gegebenen Zustand. Die Praktiken für eine vertiefte Demokratie, zu der meist eine Demokratisierung der Wirtschaft hinzugezählt wird, sind vielfältig. Wir haben nach Strukturen gesucht, die eine stärkere Mitbestimmung an der Energiepolitik ermöglichen. Beispiele dafür sind Anwohnerinnen, die über Windräder in ihrer Region entscheiden, Konsumentinnen, die über die Preispolitik ihres Stadtwerks bestimmen, oder Genossinnen, die über die Verwendung der Profite ihrer Genossenschaft entscheiden. Im besten Fall sollten möglichst viele Menschen, die jeweils betroffen sind, möglichst weitreichende Initiative und Entscheidungsgewalt haben.

EIGENTUM UND BESITZ

Die Energieproduktion betrifft alle Menschen als Konsumentinnen, als Bewohnerinnen einer bestimmten Region und natürlich ebenso als Erbinnen und Treuhänderinnen des einen gemeinsamen Planeten. Auch setzt die technische Infrastruktur der Übertragungsnetze eine enge Zusammenarbeit voraus. Die Produktion, Distribution und der Konsum von Energie sollten daher kollektiv, politisch und öffentlich statt partikular, apolitisiert und privat geregelt sein. Wie kann das konkret aussehen?

Eine scheinbar einfache Lösung wollen wir ausschlagen, die Rückkehr zu den konventionellen Staatsbetrieben. Denn auch viele öffentliche Unternehmen haben die Energiewende verpasst und politisch torpediert, kümmern sich nicht um soziale Stromtarife und investieren stattdessen in Atomkraft und Kohle. Auf kommunaler Ebene kommt das Problem der Privatisierung vieler Stadtwerke gegen den Willen der Bevölkerung hinzu. Eine neue Form von öffentlichem und staatlichem Besitz muss diese Defizite vermeiden können. Danach haben wir



7. Ursprünglich sollten auch die gewerkschaftliche Mitbestimmung und die Arbeitsbedingungen untersucht werden, wir mussten dies jedoch aufgeben, da es die Möglichkeiten unserer Studie überstiegen hätte. Die Frage der gewerkschaftlichen Organisationen wird im letzten Kapitel angedeutet.

gesucht und zwei oft beschrittene Wege gefunden: neue Varianten kommunalen, manchmal auch halbstaatlichen Besitzes zum einen sowie kollektiven Privatbesitz, oft in Form von Genossenschaften, zum anderen. Während die Energiegenossenschaften in einigen Ländern schon weitverbreitet sind, steckt das Konzept eines erneuerten öffentlichen Besitzes noch in der Pubertät. Auch hier haben wir uns bemüht, die vielversprechendsten und fortgeschrittensten Fälle auszuwählen.

WERTSCHÖPFUNG UND BESCHÄFTIGUNG

Windräder und Solarzellen müssen nur einmal angeschafft werden und produzieren, wenn sie im Besitz einer Kommune oder Gruppe von KonsumentInnen sind, für viele Jahre ohne weitere (Brennstoff-)Kosten, denn die Sonne scheint bekanntlich kostenlos, wie es so schön heißt. Im Gegensatz zu fossilen Energieträgern ist ein ständiger Kapitalabfluss für den Brennstoffimport nicht notwendig, sodass Kapital einer Region erhalten bleibt und anderweitig verwendet werden kann. In diesem Sinne sind erneuerbare Energien in öffentlicher Hand grundsätzlich ein Gewinn für die lokale Wertschöpfung.

Darüber hinaus hat die Verbreitung der erneuerbaren Energien Arbeitsplätze geschaffen, in der gesamten EU über eine Million⁸ – in Deutschland arbeiten dort mehr Menschen als im ganzen fossilen Sektor. Die Arbeitsplätze entstehen vor allem in den industriellen Zentren, in Fabriken für Windräder und Solarzellen, in den eher großstädtischen mittelständischen Firmen. Ländliche Regionen profitieren eher von höheren Steuereinnahmen, womit Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden können.⁹ Da zu diesen Bereichen quantitative Daten nur begrenzt zur Verfügung stehen, können wir in den Beispielen nur am Rande darauf eingehen. Wo Informationen verfügbar waren, haben wir sie aufgegriffen.

8. Vgl. EurObserv'ER, *État des Énergies Renouvelable en Europe / The State of Renewable Energies in Europe*, Paris 2012, S. 172.

9. Aus erwirtschafteten Überschüssen können zum Beispiel eine Kindergärtnerin oder eine Altenpflegerin bezahlt werden. Wenn große Solaranlagen von einer Schäferin besucht werden (damit das Gras nicht zu hoch wächst und Schatten wirft), wenn AnwohnerInnen ihre Anlagen selbst verwalten und dafür eine Stelle schaffen, dann kann der ein oder andere lokale Arbeitsplatz entstehen.

ÖKOLOGIE UND SUFFIZIENZ

Bekanntlich muss eine kapitalistische Wirtschaft ständig wachsen, um nicht in eine Krise zu geraten. Der Preis dafür ist hoch, denn das Wachstum zerstört die menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen auf der Erde. Demgegenüber steht die Idee vom Postwachstum, die dem Planeten und den Menschen den Vorzug gegenüber dem Kapitalismus gibt.¹⁰ Zu diesem Zweck soll insgesamt weniger Strom und Wärme verbraucht werden,¹¹ durch Selbstgenügsamkeit als eine Form des guten Lebens.¹²

Formen demokratischen Eigentums sind dafür eine Hilfe, denn sie ermöglichen andere Ziele als die einseitige Profitmaximierung – wenn sich beispielsweise Konsumentinnen organisieren, um ihr Bedürfnis nach Wärme und Strom zu befriedigen, denn diese Bedürfnisbefriedigung folgt einer ganz anderen Logik als die Profitmaximierung. Dies könnte ein Weg sein, um den Gesamtverbrauch an Energie zu verringern und zugleich das Problem der Energiearmut zu beheben.

Noch ein ganz anderes Thema verdient ebenfalls Aufmerksamkeit: die Artenvielfalt. Windräder und Solarparks, vor allem aber Felder und Wälder für Biomasseanlagen verändern Landschaften und Lebensräume. Leider verstärkt der Anbau von „Energiepflanzen“ die globale Tendenz zu Monokulturen. Technisch ist dies gleichwohl nicht notwendig, sondern eine Frage der Landwirtschaftspolitik. Eine sozialökologische Transformation sollte den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten, von Landschaften und Ökosystemen nicht als überflüssigen Luxus behandeln.¹³

10. Vgl. hierzu z.B. die Schriften von Georgio Kallis, Joan Martinez-Allier, Matthias Schmelzer, Alexis Passadakis, Tazio Müller, Serge Latouche und dem New Economic Forum.

11. Im Greenpeace-Szenario für die EU-27 wird gezeigt, dass die Hälfte des gegenwärtigen Energieverbrauchs ohne übermäßige Einschnitte eingespart werden kann; vgl. Greenpeace/European Renewable Energy Council EREC: Energy [R]evolution.

12. Vgl. Illich, Ivan: Tools for Conviviality, London 1973.

13. Vgl. dazu auch Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Global environmental politics and the imperial mode of living. Articulations of state-capital relations and the multiple crisis, in: Globalizations 9(2012)4, S. 547–560.

.2.

Verteilung in Europa

Bei der Bewertung nach den Kriterien der Energiedemokratie haben wir viele Fälle guter Praxis in Westeuropa gefunden. Keines der Beispiele erfüllt alle Punkte, aber viele sind in je einem Aspekt hervorragend und zeigen, was bereits heute machbar ist. In Ostmitteleuropa hingegen gibt es bisher nur wenige Projekte, die in Richtung Energiedemokratie weisen, eines aus Ungarn ist dafür umso erfreulicher.

In Westeuropa finden wir viele gute Beispiele in Dänemark, den Niederlanden, in Belgien, Deutschland, Österreich, Norditalien, Schweden, Großbritannien und einige in Frankreich. Auch im südlicheren Italien und in Spanien gibt es kleine Projekte, die wir zu den Energiedemokratien zählen, aber viel weniger als im Norden Europas.

Aus der nachstehenden Tabelle wird ersichtlich, dass sich Praktiken von Energiedemokratie auch in Ländern finden, die nicht zu den Vorreitern der Energiewende gehören. Das sind zum Beispiel Frankreich, die Niederlande oder Großbritannien, wo ein vergleichsweise kleiner Anteil der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien stammt. Besonders in Großbritannien finden wir dennoch eine erstaunliche Vielfalt von lokaler „community energy“. In Portugal und den baltischen Ländern hingegen liegen die Dinge entgegengesetzt: Trotz hoher Windstromanteile finden sich keine Anzeichen demokratischer Energiewenden.

Schließlich finden wir eine Gruppe von Ländern, wo bisher sehr wenig passiert, technologisch und sozial. Weder gibt es dort die großen Investorinnenwind- und Solarparks noch die kleinen Energiedemokratien. Dazu zählen viele Länder in Ostmitteleuropa wie Ungarn, Bulgarien, Polen oder Tschechien.

	Länder mit vielen emanzipativen Projekten (über 5)	Länder mit einigen emanzipativen Projekten (mehr als 1)	Ländern mit einem oder keinem emanzipativen Energieprojekt (höchstens 1)
Länder mit hohem Anteil erneuerbarer Stromproduktion (mind. 10 %)	Dänemark (23 %), Deutschland (12 %), Italien (12 %)	Schweden (46 %), Finnland (32 %), Österreich (31 %), Spanien (15 %), Frankreich (12 %)	Lettland (33 %), Estland (26 %), Portugal (25 %), Rumänien (21 %), Litauen (20 %), Slowenien (19 %), Bulgarien (14 %), Griechenland (12 %), Slowakei (10 %), Polen (10 %)
Länder mit mittlerem Anteil erneuerbarer Stromproduktion (5–10 %)			Tschechien (9,4%), Ungarn (8%), Irland (6,7%)
Länder mit niedrigem Anteil erneuerbarer Stromproduktion (unter 5 %)	Niederlande (4%), Vereinigtes Königreich (4 %).	Belgien (4%)	

Tabelle 1: Länder entsprechend ihrem Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch (in Klammern) und der Anzahl von emanzipativen Energieprojekten. Die Prozentangaben beziehen sich für alle Länder auf das Jahr 2011 (Eurostat 2013, IRENA 2014). Der Wert für Belgien beruht auf einer Schätzung von Eurostat. Malta, Luxemburg und Zypern wurden in der Studie nicht berücksichtigt.

[**II** Beispiele]



.1.

Sozialökologisches Stadtwerk Berlin

Wir beginnen mit einer Ausnahme. Das sozialökologische Stadtwerk des Berliner Energietischs erfüllt alle Bedingungen für Energiedemokratie bis auf eine: Es ist leider nicht realisiert worden. Dennoch möchten wir es vorstellen, weil es weit mehr gewesen wäre als ein gewöhnliches Stadtwerk. Es hätte vorbildlich soziale und ökologische Prinzipien vereint und ein hohes Maß an direkter Entscheidungsmacht der Berlinerinnen ermöglicht.

Im Jahr 2013 wurde heftig gerungen, wie die Versorgung mit Strom in den nächsten Jahrzehnten eingerichtet sein sollte. Ein Verbund aus lokalen und überregionalen ökologischen und sozialpolitischen Initiativen, der sogenannte Energietisch, hätte den Senat per Volksentscheid fast gezwungen, ein soziales und ökologisches Stadtwerk zu gründen und in dem Zuge das Stromnetz wieder selbst zu bewirtschaften. Fast, denn das Volksbegehren ist am 3. November 2013 knapp gescheitert. 25 Prozent der Stimmen aus ganz Berlin waren nötig, damit der Text über das Stadtwerk automatisch Gesetzeskraft erlangt hätte. Gesammelt wurden immerhin 599.588 Ja-Stimmen, das waren aber nur 24,1 Prozent. Obwohl die meisten Berlinerinnen den Vorschlag begrüßten und 83 Prozent der Teilnehmerinnen mit Ja gestimmt haben, wurde das Quorum ganz knapp verfehlt.

So groß wie die Ziele des geplanten Stadtwerks waren auch seine Gegner. Zuerst war da natürlich der Noch-Monopolist Vattenfall, der eine eigene Werbekampagne vor dem Volksentscheid geschaltet hat. Obwohl die große Mehrheit der Berlinerinnen in Umfragen aufseiten des Energietischs stand, hat sich der Senat als Regierung der Stadt nicht eindeutig positioniert. CDU und FDP waren offen gegen das Stadtwerk. Die SPD war offiziell dafür, ist dann aber in einer wichtigen Frage umgefallen: Zusammen mit der CDU hat sie dafür gestimmt, den Tag des Volksentscheids nicht auf den Tag der Bundestagswahl, sondern

auf den 3. November zu legen. Termingleich mit der Bundestagswahl wäre der Volksentscheid wie in Hamburg fast sicher gewonnen worden.

Das ist schade, denn Berlin hätte die erste europäische Großstadt mit einem ökologischen und sozialen Stadtwerk sein können. Im Gegensatz zu herkömmlichen Stadtwerken hätte die Energietisch-Variante eine Privatisierungsbremse enthalten. Der Verwaltungsrat sollte sich aus Senat, Konsumentinnen und Arbeiterinnen zusammensetzen. Dieses Gremium hätte die wichtigen Grundsatzentscheidungen getroffen. Ein abermaliges „Verramschen“ des Stadtwerks wäre so fast ausgeschlossen gewesen. Im Gegensatz zu manchen Stadträten stehen die Konsumentinnen und Arbeiterinnen gewöhnlich zu ihrem öffentlichen Besitz und sträuben sich gegen eine Privatisierung.

Damit die sozialen Ziele, zum Beispiel gestaffelte Stromtarife, nicht nur eine schöne Forderung bleiben, hätten die Stromkundinnen sechs von 15 Mitgliedern des Verwaltungsrates gestellt. Im eigenen Interesse hätten sie für soziale Energiepreise und gegen Energiearmut stimmen können. Besonders an diesem Recht zur Mitsprache hat sich der Senat gestört. Die Bürgerinnen hätten ihre Stimme nämlich nicht mehr an den Senat delegiert, sondern direkt für das Stadtwerk und seinen Beirat kandidiert und gewählt. Im Sinne direkter Demokratie wäre das ein großer Schritt gewesen.

Um dem Volksentscheid den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat der Senat kurz vorher beschlossen, selbst ein Stadtwerk gründen zu wollen. Der Energietisch nennt es Ministadtwerk, weil es so angelegt ist, dass es niemals die Größe eines richtigen Stadtwerks erreichen kann. Wie zu erwarten, fehlt bei ihm die starke demokratische Mitsprache, und von sozialen Stromtarifen ist keine Rede. Immerhin bleibt noch eine weitere Möglichkeit übrig. Die Berliner Energie Genossenschaft (BEB) hat sich eigens gegründet, um die Konzession des Stromnetzes zu übernehmen. Das ist weniger, als der Energietisch vorhatte, aber besser, als wenn das Netz bei Vattenfall bleibt. Auch hier gilt der Konjunktiv. Berlin könnte Vorreiterin sein.

.2.

Somenergia, eine Energiegenossenschaft verbin- det Ortsgruppen in Spanien

Die von der Europäischen Union verordnete Marktliberalisierung konnte an der oligopolistischen Form des spanischen Energiemarktes wenig ändern. Allein die Firmen Endesa und Iberdrola vereinen einen Marktanteil von 80 Prozent.¹ Reine Ökostromanbieterinnen fehlten bisher, und auch Bürgerinnen-solarparks sind wenig verbreitet.

Abhilfe verspricht die erst vier Jahre alte Genossenschaft Somenergia, die im Umfeld der Universität Girona in Katalonien gegründet wurde. Ihre Ziele sind – wie in ähnlichen Projekten in anderen Ländern – für den Klimaschutz und die Energiewende eintreten, und das in Verbindung mit einem wirtschaftlich tragfähigen Modell. Dafür wurde im Jahr 2011 der gleichnamige Ökostromanbieter gegründet, der mittlerweile über 14.000 Kundinnen, die zugleich Genossinnen sind, versorgt.

Das zweite Standbein sind Investitionen in Produktionsanlagen. So hat die Genossenschaft fünf Solarparks finanziert und arbeitet derzeit an einer großen Biogasanlage und dem ersten Bürgerinnenwindrad Spaniens.² Die Genossinnen haben zusammen 3,5 Millionen Euro eingezahlt, wovon die Anlagen finanziert werden. Die Rendite ist mit 3,5 Prozent gering im Vergleich zu ähnlichen Ge-

1. Somenergia. Selbstdarstellung, www.somenergia.coop.

2. Das Ziel einer durchgehenden Eigenversorgung mit Ökostrom ist im Jahr 2013 noch nicht erreicht worden. Bisher wird an der Strombörse OMIE grüner Strom täglich zugekauft. Erst wenn das geplante Windrad steht, werden rechnerisch 100 Prozent eigener Ökostrom verkauft werden können. Für dieses erste Bürgerinnenwindrad Spaniens arbeitet Somenergia mit der spanischen Gesellschaft Eolpop zusammen, die eigens zur demokratischen Finanzierung von Windrädern durch zahlreiche Umweltschutzgruppen gegründet wurde.

nossenschaften in Europa. Zudem ist die Mindesteinlage für neue Genossinnen mit 100 Euro relativ niedrig und kann auch in Raten gezahlt werden.

Hieran wird das grundsätzlich politische und demokratische Anliegen Somenergias deutlich. Noch im Jahr 2012 musste die Genossenschaft einen Verlust verbuchen. Die Geldanlagen sind also mehr ein Mittel für das gemeinsame Ziel, einen großen Ökostromanbieter aufzubauen. Erstaunlich ist das schnelle Wachstum; seit der Gründung sind nur drei Jahre vergangen. Geholfen hat dabei vor allem das Vorbild ähnlicher Genossenschaften in Belgien, Frankreich und Deutschland sowie der europäische Dachverband der Energiegenossenschaften, Enercoop.

Erfreulicherweise hat die Wirtschaftskrise bei Somenergia das Engagement nicht etwa gebremst, sondern befördert. Im Frühjahr 2013 kamen wöchentlich 100 neue Mitglieder dazu. Ein Teil beteiligt sich mit dem Ziel, politisch etwas für eine postfossile Wirtschaftsordnung zu tun und mit neuen Formen von Basisdemokratie zu experimentieren. Viele Mitglieder sind bereits in anderen Kooperativen aktiv, einige waren eigentlich nur mit ihrem Stromanbieter unzufrieden, und wieder andere sind in verschiedenen politischen Initiativen engagiert und möchten sich das Thema Energie erschließen, so der Präsident der Genossenschaft, Marc Rosello.³ Somenergia möchte auch eine Plattform sein für die Anti-Fracking-, die Anti-Atom- und andere Umweltbewegungen. Dies gelingt vor allem als Ergänzung zu bestehenden Organisationen, indem neue Räume für Diskussionen geschaffen werden. Die Internetseite ist vorbildlich hinsichtlich der Transparenz von Dokumenten und der Einbindung von Arbeitsgruppen.

Die Kooperative differenziert sich in Sektionen und Ortsgruppen. Jede Ortsgruppe ist selbstständig in ihren Aktivitäten, dem Werben von neuen Mitgliedern und Informationskampagnen. Da die Ortsgruppen die Genossenschaft von unten konstituieren, können sie ihre eigenen Satzungen und Verfahrensweisen aufstellen, statt zentrale Vorgaben zu übernehmen. Die Organisation läuft folglich von der Basis zur Spitze und nicht andersherum. In Barcelona lag der Schwerpunkt auf der Weiterbildung der Mitglieder, anderswo stand die Errichtung von Produktionsanlagen im Vordergrund, und wieder andere legten das Augenmerk auf die Zusammenarbeit mit Kooperativen außerhalb des Energiesektors.



3. Interview mit Marc Rosello, Vorstand von Somenergia.

DIE DIGITALE VOLLVERSAMMLUNG

Die Vielfalt von dezentralen, autonomen Ortsgruppen, von denen sich manche außerhalb der Iberischen Halbinsel befinden, erhöht auch den Aufwand für Abstimmungen und Wahlen. Somenergia setzt hierbei wegweisend auf die Möglichkeiten des Internets. So können die Ortsgruppen per Livestream an der jährlichen Vollversammlung und den Abstimmungen teilnehmen. Dafür treffen sich die Gruppen, um gemeinsam per Videoübertragung der Versammlung zu folgen. Im Jahr 2013 war nur eine kleine Gruppe von rund 40 Personen bei der *Asamblea General* tatsächlich anwesend; vor dem Bildschirm dürften es wesentlich mehr Mitglieder in den Ortsgruppen gewesen sein.

Die Entsendung von Delegierten durch die Ortsgruppen wurde diskutiert, weil vor allem die weit entfernten Gruppen eine Benachteiligung fürchteten. Zudem hätte das schnelle Wachstum der Mitgliederzahl eine klassische Vollversammlung nur im Sportstadion ermöglicht. Man entschied sich aber gegen das Delegiertenprinzip und stattdessen für die Beibehaltung der Direktdemokratie mithilfe von Abstimmungen via Internet.

Durch die Nutzung des Internets konnten so zwei Probleme gelöst werden, das der Distanz und das der großen Zahl. In „Vorbereitungs-Vollversammlungen“ ist alles schon vor dem großen Termin geübt worden, damit auch ältere und weniger Internetkundige wussten, wie alles ablaufen würde.

EINE ALTERNATIVE IN DER KRISE

Somenergia ist eingebettet in eine allgemeine Bewegung, in der viele Spanierinnen praktische Alternativen zur kapitalistischen Ausbeutungs- und Verwertungslogik suchen und unterstützen möchten. So bekennt sich Somenergia zu einer nicht patriarchalen Sprache mit feminisierten Sprachsubjekten, was in Spanien bei Weitem nicht die Regel ist. Zudem werden, wo möglich, ethisch und ökologisch orientierte Banken genutzt.

Ebenso ist daran gedacht worden, niemanden wegen eines niedrigen Einkommens auszuschließen. So wurde erwogen, einen Sozialtarif einzuführen, was aber bisher an der ungünstigen Gesetzgebung, die die großen Konzerne

bevorzugt, scheiterte.⁴ Immerhin wurde der Preis für einen Anteil an der Genossenschaft mit 100 Euro vergleichsweise niedrig angesetzt, der von Einkommensschwachen in Raten gezahlt werden kann.

Seit November 2013 versucht Somenergia zusammen mit anderen Gruppen ein neues Gesetz der Regierung zu Fall zu bringen, wonach alle Betreiberinnen von Solaranlagen eine Art „Sonnensteuer“ zahlen sollen.⁵ Die spanische Regierungspolitik wechselt damit von Ignoranz zu offener Feindschaft gegenüber kleinen Energieproduzentinnen, die typischerweise in Solaranlagen investieren.



4. Somenergia sieht sich stark eingeeengt durch die spanische Gesetzgebung und einen Markt, der von fünf Oligopolisten dominiert wird. So können bisher keine Sozialtarife angeboten werden wie von den großen, da diese an staatliche Hilfgelder gebunden sind, die Somenergia nicht erhält. Weiter erschwerend kommt hinzu, dass jemand, der seinen Stromtarif verlässt und zu Somenergia wechselt, auch dauerhaft den Anspruch auf den staatlichen Sozialtarif verliert, so Marc Rosello. Wenn die finanzielle Situation konsolidiert ist, soll so etwas wie ein Sozialtarif dennoch aus dem erwirtschafteten Überschuss ermöglicht werden, sagt Rosello.
5. Die spanische Regierung hat im Jahr 2013 eine Abgabe auf alle Solaranlagen eingeführt und zugleich die Fördersätze nachträglich gesenkt. Beides wird derzeit juristisch angefochten; vgl. Streck, Ralf: Spanischer Energiekonzern vergleicht das Land mit Bananenrepubliken, in: Telepolis, 22.2.2014.

.3.

Machynlleth, Wales' erstes Bürgerinnenwindrad

Im Jahr 2003 wurde im zentralwalisischen Machynlleth, einer Stadt mit 2.200 Einwohnerinnen und einer kleinen Tourismusindustrie, das erste Community-Energy-Windrad von Wales errichtet. Der Weg dorthin war steinig und nur dank langjährigen und ehrenamtlichen Engagements von Erfolg gekrönt.

Die Initiative ging Ende der 1990er Jahre von einer kleinen Gruppe Entschlossener aus, angeführt von einer Frau, die schon Erfahrung in der englischen Windgenossenschaft Baywind gesammelt hatte, und ihren Mitstreitern, drei Männern – von der tourismusnahen Stiftung Ecodyfi, der Energie-Agentur Mid-Wales und einem Ingenieur des lokalen Centre for Alternative Technology (CAT). Zunächst luden sie die Anwohnerinnen zu mehreren Vorträgen ins Gemeindehaus, wo bald darauf eine informelle Gesellschaft (*unincorporated association*), die Dulas Valley Community Wind Partnership, gegründet wurde. Diese hat regelmäßig weitere Treffen organisiert und mit der Bevölkerung, Freiwilligen, Landbesitzerinnen und der Verwaltung beraten, wie ein Windrad möglichst vollständig von den Anwohnerinnen finanziert und im guten Einvernehmen mit allen Beteiligten errichtet werden könnte.

Da das Windrad mit 75 kW Leistung eher klein ausfiel und gebraucht aus Dänemark gekauft wurde, waren die Kosten mit 80.000 Pfund recht niedrig und konnten schnell aufgebracht werden. Der Andrang war schließlich sogar größer als das Angebot an Anteilen. Im nicht sehr reichen Wales keine Selbstverständlichkeit.

Da es anfangs noch keine staatliche Regelung wie einen Einspeisetarif gab, wurde das ohnehin beteiligte Technologiezentrum CAT direkt mit Strom beliefert. Erst nach Inkrafttreten eines Einspeisegesetzes konnte der Strom direkt ins Netz verkauft werden, was alles vereinfacht hat. Gleichwohl, berichtet

Andy Rowland, einer der Organisatoren, sei der Weg von der ersten Planung bis zum Windrad ein „epischer Kampf“ gewesen.⁶ So seien immer neue verwaltungsrechtliche Bestimmungen zu berücksichtigen und zu finanzieren gewesen. Fast gescheitert sei alles, als ein Großgrundbesitzer seine Zustimmung zum Bau einer Stromleitung über sein Land ohne Erklärung zurückzog. Daraufhin sprang ein Waldbesitzer ein und erlaubte, eine Ausweichroute durch seinen Wald zu nehmen.

Die Gewinne aus dem Stromverkauf der ersten Windkraftanlage fließen nun zu einem Drittel in den *community energy fund*. Aus diesem werden Beratungsleistungen zum Energiesparen und zur Wärmedämmung von Einfamilienhäusern bezahlt oder gelegentlich auch Hunderte Energiesparlampen an die Anwohnerinnen verschenkt, berichtet Rowland. Ein zweites, im Jahr 2010 errichtetes und wesentlich größeres Windrad mit 500 kW Leistung unterstützt das öffentliche Programm Ecodyfi, das sich um sanften Tourismus und ökologische Vorzeigeprojekte bemüht.

Obwohl die Organisatorinnen stolz sind, Wales' erstes Bürgerinnenwindrad gebaut zu haben, raten sie nicht zur Nachahmung. So habe es einige technische Probleme mit den gebrauchten Windrädern geben, und der Aufwand des Genehmigungsprozesses habe alle Beteiligten „an die Grenze ihrer Belastbarkeit“ gebracht. Ihrer Meinung nach sollten andere Gemeinden besser neue Technologie kaufen und sich auf die Finanzierung beschränken, die weitere Planung und Zulassung dann aber an Spezialistinnen abgeben.



6. Interview mit Andy Rowland.

.4.

Ungersheim, vom Bergbau zur französi- schen Ökostadt

Die ehemalige Bergarbeitergemeinde im Elsass ist mit ihrer lokalen Strategie der sozialökologischen Erneuerung erfolgreich, weil ihre Transformation nicht äußeren Vorgaben der Regierung folgt, sondern autonom verläuft.⁷ Die Idee von Autonomie hat in Ungersheim drei Dimensionen, erzählt der Bürgermeister François Mensch. Zu den naheliegenden zwei Zielen, energetische Autonomie und Nahrungsmittelaufonomie, komme ein drittes, die Unabhängigkeit im Denken.⁸

In diesem Sinne hat die Kleinstadt einen Prozess des ständigen ökologischen Lernens und Verbesserns eingeleitet. Ein Rat von rund 50 Bürgerinnen trifft sich regelmäßig, um Vorschläge auszuarbeiten und Bestehendes weiterzuentwickeln. Das *génie collectif* werde als Bereicherung geschätzt, betont Mensch. Ferner zählt er zu den Ungersheimer Prinzipien das unkonventionelle Denken. Die Franzosen nennen es „die Schachtel verlassen“, *sortir du carton*.

Seinen Anfang nahm alles mit der Idee, Energie einzusparen und selbst zu erzeugen, um den öffentlichen Haushalt zu entlasten. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, von denen die wichtigste die solare

7. Ob Ungersheim wirklich als periphere Stadt angesehen werden kann, ist umstritten. Das Elsass mit dem Dienstleistungszentrum Straßburg ist die Region mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Einkommen Frankreichs, vgl. Eurostat, www.ec.europa.eu/eurostat. Zudem wächst die Zahl der Einwohnerinnen des Ortes kontinuierlich. Andererseits brach mit der Einstellung des Kalibergbaus zu Beginn der 2000er Jahre die wirtschaftliche Grundlage der Gemeinde weg. Da Ungersheim jedoch nahe genug an der Industriestadt Mulhouse liegt, dass, wer dort Arbeit findet, täglich dorthin pendeln kann, überlagern sich hier verschiedene räumliche Dynamiken. So bleibt der Wegzug aus, der häufig periphere Gemeinden kennzeichnet.

8. Interview mit François Mensch, Bürgermeister von Ungersheim.

Heizung des Schwimmbads war. Außerdem wurde ein kleines Fernwärmenetz mit Holzfeuerung eingerichtet. Der eingeschlagene Entwicklungspfad wurde weiterverfolgt mit neuen Projekten, beispielsweise mit vielen kleineren Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern von öffentlichen Gebäuden und einem Solarpark für 17 Millionen Euro auf einer Bergbau-Abraumhalde. Der Park liefert das Äquivalent des Verbrauchs der 3.000 Einwohnerinnen, womit Ungersheim zum Vorzeigeort des landesweiten Netzwerks Energie Partagée avancierte. Die Kommune konnte Geld sparen und Ausgaben verringern. Anders als in anderen Städten Frankreichs mussten die lokalen Abgaben seit 2004 nicht mehr erhöht werden.

Ein zweiter Schwerpunkt der Transformation ist die lokale Landwirtschaft und die kulinarische Praxis. Im Sinne von Rob Hopkins' Philosophie der *Transition Towns* versucht Ungersheim, seine Lebensmittel aus der Umgebung zu beziehen.⁹ Dafür hat die Gemeinde acht Hektar Land gekauft, auf denen biologisch angebaut wird, vor allem für die Schulküche. Auch das Thema Atomkraft fehlt nicht, zumal ganz in der Nähe das AKW Fessenheim betrieben wird.¹⁰ Seit dem Unglück von Fukushima im Jahr 2011 engagiert sich die Stadt mit einer politischen Aktionsgruppe für den Atomausstieg und die Schließung des AKW Fessenheim.

Die 2013 am Nationalfeiertag, dem 14. Juli, gegründete Cooperative Multicarte soll die einheitliche Trägerschaft für die vielen lokalen Ökoprojekte übernehmen und zugleich neue entwickeln.¹¹ Die Form der Genossenschaft wurde mit Bedacht gewählt, um den Ungersheimerinnen zu erlauben, in lokale Projekte wie eine biologische Brauerei, weitere Solaranlagen und den Ökotourismus zu investieren. Aus den Gewinnen sollen weiterhin nicht profitfähige Angebote gegenfinanziert werden, wie das Bio-Schulessen, politische Kampagnen und Bildungsarbeit.



9. Hopkins, Rob: *The Transition Handbook. From Oil Dependency to Local Resilience*. Cambridge 2008.
10. Das AKW Fessenheim gilt als besonders gefährlich, weil es noch aus den 1970er Jahren stammt und in einem Erdbebengebiet liegt. Der amtierende Staatspräsident François Hollande möchte es demnächst, auf Drängen zahlreicher rechts- und linksrheinischer Bürgerinneninitiativen, stilllegen.
11. Auch gibt es eine Lokalwährung, die bisher von zwölf Einzelhändlerinnen akzeptiert wird, das ist in einer 3.000-Seelen-Gemeinde die Mehrzahl der Läden. Ob die Währung funktioniert, wird sich zeigen; den Ungersheimerinnen zu wünschen ist es allemal.

Bisher stießen die Maßnahmen der Gemeinde auf große Akzeptanz, selbst bei exotischen Projekten. So gab es einiges Erstaunen, berichtet der Bürgermeister, als 2008 ein „Ökopferd“ gekauft und vor eine Kutsche gespannt wurde, um den Schulbus zu ersetzen. Bei den Kindern jedoch erfreut sich das *cheval écolien* großer Beliebtheit.¹²

Ungersheim ist ein beispielhaftes Projekt einer sozialökologischen Transformation auf lokaler Ebene. Der Wegfall des Kalibergbaus als Hauptwirtschaftszweig konnte so mehr als wettgemacht werden. Herauszuheben ist der umfassende Begriff von Autonomie, in dem Fragen von Energie mit lokalen und biologisch angebauten Lebensmitteln und einem Verständnis von intellektueller Autonomie verbunden werden. Auch dass die Transition hier nicht als abgeschlossener Prozess angesehen wird, sondern sowohl Gewinne reinvestiert als auch neue Ideen verwirklicht werden, ist vorbildlich.

12. Außerdem erfolgt auch die Müllabfuhr und manch städtischer Transport mit dem Pferdefuhrwerk.

.5.

Gigha, eine schottische Insel sozialisiert erst den Boden und dann den Wind

Die Energiewende in Schottland profitiert von einer Landreform, die die historischen Besitzverhältnisse umkehrt. Schottland gilt als eines der wichtigsten historischen Beispiele der „Einhegung der Almende“ (*enclosure of the commons*).¹³ Noch im 19. Jahrhundert wurden in Schottland große Ländereien „in Wert gesetzt“¹⁴ und verkauft. Die Bewohnerinnen erhielten nicht selten eine kostenlose Fahrkarte nach Amerika und den Rat, das Land besser bald zu verlassen. Zurück blieben die Landpächterinnen, sogenannte *Crofter*, und meist entfernt wohnende Eigentümerinnen, die Vorfahrinnen der heutigen *Absentee Landlords*. Um Nutzung und Besitz zu vereinen, entstand in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts die „Home rule“-Bewegung. Ihr großer Erfolg war das 1993 vom schottischen Parlament beschlossene „Community buy out“-Gesetz, dem bis zum Jahr 2010 weitere Gesetze zur Landreform folgten. Darin wurde die Nutzung von Ländereien für deren Besitzerinnen verbindlich. Zugleich erhielten die Nutzerinnen ein Vorkaufsrecht mit Vorzugspreis. Seitdem übernehmen die *Crofter* das Land durch von ihnen gegründete *Trusts* und *Funds* als Rechtsformen kollektiven und lokalen Besitzes.

Dabei spielt die Windkraft eine wichtige Rolle. So musste das neu erworbene Gemeindeland einerseits mit rückzahlbaren Krediten gekauft werden. Andererseits verlangt das sich entfaltende kommunale Leben nach einer Finanzierung.



13. Linebaugh, Peter: *The Magna Charta Manifesto. Liberty and Commons for All*, Berkeley 2009; Marx, Karl: *Das Kapital. Erster Band*, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke (MEW)*, Bd. 23, Berlin 1975.
14. Inwertsetzung meint hier das bekannte Konzept von Karl Marx.

Oft wurden dafür Windparks errichtet, sowohl als rein externe Kapitalanlagen, aber in vielen Fällen auch als Community-Energy-Windparks.¹⁵

Um insbesondere eine demokratische Finanzierung von bürgerschaftlichen Projekten zu ermöglichen, wurde eine zentrale staatliche Planungsbehörde, die Community Energy Scotland (CES) gegründet. Diese berät und unterstützt Gemeinden und Anwohnerinnen. Vielleicht am wichtigsten: Es werden auch Kredite zu günstigen Konditionen vergeben, um den Gemeinden das Aufbringen der finanziellen Mittel zu erleichtern. Im Jahr 2012 wurden 302 Projekte von Community Energy Scotland betreut. Die Form der Verbindung von zentraler staatlicher Behörde, Staatskrediten und Beteiligung der Kommunen wiederum geht auf die Sozialisierung des Bodens zurück, denn diese hätte von den meisten Dörfern alleine so wenig bewältigt werden können wie ein Bürgerinnenwindpark.

Die politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende sind in Schottland wesentlich günstiger als in den übrigen Teilen Großbritanniens. Die schottische Regierung hat partielle Planungshoheit über die Energiepolitik und nutzt sie für die Energiewende. So ist das Ziel für das Jahr 2011, 31 Prozent des Stroms mit erneuerbaren Energien zu erzeugen, um ganze 4 Prozent übertroffen worden!¹⁶ Eine ungewöhnliche Fehlkalkulation. Davon beflügelt, hat sich Schottland schon für das Jahr 2020 vorgenommen, seinen Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Zuvor jedoch steht das Referendum über die vollständige Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 2014 an. Da das Thema Energiewende in Schottland eng mit der Unabhängigkeitsfrage verknüpft ist, wird dessen Ausgang auch die Energiepolitik berühren. Wer in Schottland ein Gespräch über Energie-Autonomie beginnt, endet nicht selten bei der leidenschaftlich debattierten Frage der nationalen Autonomie.¹⁷

Andrew Cumbers und andere argumentieren, dass ein unabhängiges

-
15. Zum spezifischen schottischen Hintergrund von Landrückkauf und Windenergie vgl. Murphy, Joseph: At the edge: community ownership, climate change and energy in Scotland, JRF briefing paper, 11/2010, unter: www.jrf.org.uk/sites/files/jrf/community-ownership-scotland.pdf.
 16. Vgl. Schottische Regierung: More clean energy «essential for Scotland», Pressemitteilung vom 31.10.2013, unter: www.scotland.gov.uk/News/Releases/2012/10/Renewables30102012.
 17. Mündliche Auskunft von Angela Pohlman, die als Sozialwissenschaftlerin in Schottland zur Energiewende geforscht hat.

Schottland die Fehler der britischen Energiepolitik, vor allem die Privatisierungen, rückgängig machen könne. Ein staatliches Übertragungsnetz wie in Norwegen, lokale Stadtwerke nach deutschem Vorbild und die Community-Energy-Projekte sollen einen „öffentlichen Energiesektor für das 21. Jahrhundert“ mit 100 Prozent erneuerbaren Energien schaffen.¹⁸

Ein glückliches Beispiel für staatlich unterstützte lokale Energiedemokratie ist die Insel Gigha an Schottlands Westküste. Im Jahr 2002 kauften die nur noch 98 Bewohnerinnen ihre Insel zurück. Dafür wurde der Gigha Heritage Trust als kommunales Unternehmen gegründet. Die Finanzierung ermöglichten zwei staatliche schottische Organisationen, das Highlands and Islands Enterprise und der Scottish Land Fund. Einen Teil des Kaufpreises, eine Million Pfund, sollte der Gigha Heritage Trust, als neuer Besitzer des Landes, zurückzahlen.¹⁹ Um das nötige Geld zu erwirtschaften, wurde der damals erste Bürgerinnenwindpark Schottlands errichtet, und im Dezember 2004 gingen die drei kleinen 225-Kilowatt-Windräder ans Netz.²⁰ Die Einnahmen fließen an den Heritage Trust, um die Kredite für den Landkauf zu tilgen, und in Programme zur Sanierung der Wohnhäuser auf der Insel.

Lange Zeit war Gigha das Schlusslicht in der landesweiten Statistik zu Wohnbedingungen. Die meisten Häuser fielen in die Kategorie „inakzeptabel“ (*below tolerable standards*). Obwohl schon viele Häuser renoviert wurden, sind immer noch 13 sanierungsbedürftige übrig. Um auch dies zu finanzieren, soll ein viertes Windrad nach dem bewährten Modell hinzukommen. Hier stößt nun das Übertragungsnetz an seine Grenzen, das – wie die restliche Infrastruktur



18. Cumbers, Andrew/Danson, Mike/Whittam, Geoff/Morgan, Gordon/Callaghan, George: *Repossessing the Future. A Common Weal Strategy for Community and Democratic Ownership of Scotland's Energy Resources*, Glasgow 2013, S. 27.
19. Selbstauskunft des Isle of Gigha Heritage Trust, vgl. www.gigha.org.uk.
20. Vgl. www.renewables-map.co.uk, www.energysavingtrust.org.uk und www.cse.org.uk. Das waren der Fresh Futures Sustainable Communities Project Fund der National Lottery, verwaltet durch Forward Scotland; die Scottish Community and Householder Renewables Initiative, verwaltet durch das Highlands and Islands Enterprise; sowie kommerzielle Kredite von Banken und Anteilsscheine von Kleinaktionären. Außerdem: 148.000 Pfund von Social Investment Scotland und Anteile im Wert von 120.000 Pfund, gehalten von Highlands and Islands Enterprise und dem Isle of Gigha Heritage Trust. Die Gesamtkosten betragen 440.000 Pfund. Vgl. www.gigha.org.uk/windmills/TheStoryoftheWindmills.php.

der Insel seit den 1950er Jahren – nicht mehr gepflegt wurde.²¹ Der Heritage Trust ist aber zuversichtlich, auch dafür die benötigten Mittel aufbringen zu können.²²

Der Erfolg der Rekommunalisierung von Land und Energie für den allgemeinen Lebensstandard zeigt sich unter anderem an der Zahl der Einwohnerinnen, die sich zwischen dem Jahr 2002 und 2013 fast verdoppelt hat.²³

21. Meta-Internetseite Energy Share, vgl. www.groups.energysshare.com/isle-of-gigha-heritage-trust.

22. In Deutschland übernehmen die Windparkbetreiberinnen oft das Verlegen teurer Stromleitungen kurzerhand selbst.

23. Vgl. <http://en.wikipedia.org/wiki/Gigha>.

.6.

Zschadraß, eine sächsische Kleinstadt entkommt der Schulden- falle mit Wind und Sonne

Inmitten des scheinbar reichen Deutschland sind nicht wenige Städte, Dörfer und Landkreise pleite. Auf dem Weg zur Zahlungsunfähigkeit werden typischerweise folgende Etappen absolviert: Zehn bis zwanzig Jahre lang häuft die Gemeinde Schulden an, weil sie permanent zu wenig Steuern einnimmt. Dann wird ein Teil des Tafelsilbers in Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) oder *cross-border-leasings* veräußert. Oft geht dabei die Straßenbahn, das Wasserwerk, das Klärwerk oder der soziale Wohnungsbau der demokratischen Kontrolle verloren. Nach wenigen Jahren sind die schnellen Einnahmen wie Schnee in der Sonne geschmolzen, aber die laufenden Kosten für nun nur noch gemietete Infrastruktur sind viel höher als zuvor. Schließlich verhängt der Landesrechnungshof eine „Haushaltssperre“. Die bewirkt, dass der Stadtrat oder Gemeinderat nur noch die absolut wichtigsten laufenden Kosten begleichen darf, aber nichts darüber hinaus. Eine Bibliothek, ein Schwimmbad oder ein Kindergarten zählen in der damit einsetzenden verschärften neoliberalen Logik zumeist zum entbehrlichen Luxus. Besonders ärgerlich ist die entstehende Zwickmühle: Die Gemeinden verlieren in der Regel jeden Handlungsspielraum, um neue Einnahmequellen zu erschließen, zum Beispiel indem sie einen Wind- oder Solarpark selbst betreiben.

So steht auch die Stadt Colditz in Sachsen finanziell mit dem Rücken zur Wand.²⁴ Für das eingemeindete Dorf Zschadraß ist das doppelt nachteilig, weil



24. Interview mit Matthias Schmiedel, dem Ortsvorsteher von Zschadraß, 30.4.2013.

es seinen Kindergarten selbst nicht finanzieren darf, und wenn es sich neue Einnahmen erschließt, diese in den Gesamthaushalt der Region zum Schuldendienst abgeliefert werden müssen.

Im Jahr 2004 haben einige Politikerinnen des Dorfes eine „ökologisch soziale Stiftung“ gegründet, um den öffentlichen Einrichtungen finanziell unter die Arme zu greifen. Die Stiftung wiederum hat einen wirtschaftlichen Ableger gegründet, die Kommunale Wind GmbH & Co. KG, die ihr zu 50 Prozent gehört. Diese betreibt mehrere Solaranlagen, eine Holzheizung und hat im Jahr 2009 ein großes Windrad mit 2,3 Megawatt Leistung bei Zschadraß errichtet. Betreiberin des Windrades ist der kleine Verein „Ländliches Leben e.V.“, der mit den Einnahmen neue Solaranlagen finanziert und einen Teil der Gewinne direkt für soziale Einrichtungen im Dorf verwendet.

Sowohl im Beirat und Vorstand der Stiftung als auch im Verein sind die politisch aktiven Personen des Ortes vertreten. So hat die Gemeinde die Stiftung dabei unterstützt, Flächen und Dächer für Energieanlagen zu finden, und die Stiftung spendet direkt an die Sportvereine, die Schule und den Kindergarten im Ort. Auch das Schulessen für die Kinder armer Familien sowie ein jährliches Ferienlager werden von der Stiftung bezahlt, und der Kindergarten wird mit 70 Euro je Kind und Monat bezuschusst. Wenn das Windrad abbezahlt ist, soll das Geld ganz in den Kindergarten fließen, sodass dessen Besuch kostenlos sein wird.²⁵

Die recht hohen Kosten von dreieinhalb Millionen Euro für das Windrad sind eigentlich kein Problem, sagt Ortsvorsteher Matthias Schmiedel, denn der Großteil lasse sich bequem über Kredite stemmen. Zumal die Banken Kredite für erneuerbare Energien zu guten Konditionen gewähren. Der Eigenanteil, den die Stiftung zusteuerte, war deshalb mit rund 650.000 Euro vergleichsweise gering.²⁶ Woher allerdings sollte ein Dorf, das eigentlich über kein Geld verfügt oder verfügen darf, diese Summe haben? Hier stößt die Übertragbarkeit der Geschichte an ihre Grenzen – es war ein reicher Gönner aus Frankfurt am Main, der das Stammkapital der Stiftung *pro bono* bereitstellte.

Nun, da die Stiftung als funktionierendes Geschäftsmodell etabliert und kreditwürdig ist, möchte Matthias Schmiedel mit deren Stammkapital ähnliche

25. Ebd.

26. Ebd.

Vorhaben in anderen Kommunen unterstützen. Die könnten aus der Stiftung das Eigenkapital für ein Windrad oder eine Solaranlage erhalten und den Rest von einer Bank. Die Anlagen würde sie dann ebenfalls bei einem Verein oder einer eigenen Stiftung ansiedeln und mit einem Teil der Gewinne soziale Einrichtungen bezuschussen, ohne den Umweg über den überschuldeten Kommunalhaushalt.

Das mag sich etwas kompliziert und reichlich unkonventionell anhören. Angesichts der steigenden Zahl rettungslos überschuldeter Kommunen bietet dieses Modell jedoch immerhin die Chance eines Auswegs, zu dem es bisher kaum eine Alternative gibt. Der Parallelhaushalt auf Basis zum Beispiel eines Windrades erlaubt die Unterstützung der öffentlichen Daseinsvorsorge und hilft aus der Lähmung einer Haushaltssperre hinaus. Ob daraus ein Modell werden kann, jenseits von Zschadraß, wird sich zeigen.

.7.

Told, ein ungarisches Romadorf überwindet die Energiearmut

Im Jahr 2012 heizten 23 Prozent der Ungarinnen mit Holz, was vor allem eine Reaktion auf die steigenden Gaspreise war.²⁷ Analysen schätzen, dass ein großer Teil davon, möglicherweise die Hälfte des in Ungarn gehandelten Holzes, aus illegalem Einschlag stammt, der die Reproduktionsfähigkeit der Wälder übersteigt.²⁸

Einen Beitrag zur Lösung des ungarischen Heizproblems steuert das Romadorf Told bei. Als sozial marginalisierte Gruppe in Ungarn haben Roma noch schlechteren Zugang zu Brennstoffen zum Heizen als ethnische Ungarn. Häufig kaum isolierte Häuser wurden daher in Told notdürftig mit brennbarem Abfall beheizt, mit Autoreifen und Plastikmüll. Dazu kam ab und an heimlich im Wald geholt Holz. In der Vergangenheit konnten die Roma ihr Kontingent Holz legal beziehen, aber mit der fortschreitenden Privatisierung ist ihnen der legale Zugang zu Brennholz aus dem Wald versperrt.

Abhilfe schuf ein Projekt der Ingenieurin Nóra Feldmár und der Real Pearl Foundation im Herbst des Jahres 2012 mit einem vergleichsweise winzigen Budget von 2.690 Euro. Dafür wurde auf eine Technologie aus dem globalen Süden zurückgegriffen, die sogenannten Bio-Briketts. Der Herstellungsprozess der Briketts ist denkbar einfach. Die jeweils verfügbare Biomasse wird kleingehäckselt – wenn nicht in der Landwirtschaft schon geschehen – und mit

27. Central Statistics Bureau (Központi Statisztikai Hivatal): Household energy use / A háztartások energiateljesítménye, 2008, unter: www.ksh.hu.

28. Laut Regional Centre for Energy Policy, national definition of fuel poverty, sind es drei bis dreieinhalb Millionen Kubikmeter.

eingeweichem Altpapier als Bindemittel vermischt. Der Brei wird gerührt, in eine kleine Form gegossen und gepresst, wobei ein Großteil des Wassers wieder abgeschieden wird. In Told wurde dafür eine kleine Maschine mit einem Wagenheber konstruiert, um mehrere Briketts gleichzeitig pressen zu können. Die Briketts werden dann in der Sonne oder im Trockenhaus 10 bis 15 Tage getrocknet. Nach einigen Versuchen hat sich gezeigt, dass die landwirtschaftlichen Reststoffe aus der Region gut geeignet sind. Bis 2012 wurden Kleie, Spreu und Stoppeln von den Bäuerinnen als unerwünschter Abfall in einem Steinbruch illegal entsorgt, nun sind sie froh, das Material ganz legal loszuwerden; auch Altpapier als Bindemittel wurde kostenlos zur Verfügung gestellt. Bei der Materialbeschaffung half der Bürgermeister der Gesamtgemeinde, zu der Told gehört. Da der Anstoß von außen kam, war man im Rathaus sehr erfreut über die Gelegenheit, die Roma zu unterstützen. Zudem ist auch der Bürgermeister Waldbesitzer.

Im zweiten Schritt ging es darum, Arbeitskräfte für das Projekt zu gewinnen. Das Budget erlaubte nur die Bereitstellung von Mahlzeiten und Kaffee für die Freiwilligen. Wie Nóra Feldmár berichtet, gesellt sich zur ökonomisch messbaren Armut häufig noch ein Mangel an Vertrauen und Entschlusskraft hinzu, weshalb es keine einfache Aufgabe gewesen sei, misstrauische Menschen zu freiwilliger Arbeit für ein scheinbar abstraktes Ziel zu gewinnen. Dennoch gelang es ihr, 20 Anwohnerinnen, Frauen und Männer, um sich zu sammeln. Von August bis Oktober haben sie 30.000 Briketts hergestellt. Das entspricht sieben Tonnen klimaneutralem Heizmaterial, das die Energiearmut im Winter 2012/13 wesentlich linderte.

Das Beispiel Told zeigt, dass und wie Ideen zur Linderung der Energiearmut aus dem globalen Süden auch auf dem europäischen Kontinent hilfreich sind. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit, soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit, sind hier vorbildlich vereint, und nebenbei wurde auch noch implizit etwas gegen die ethnische Stigmatisierung getan. Das Beispiel macht Mut, weil hier mit minimalem Einsatz eine spürbare Verbesserung erzielt wurde.

.8.

Atterwasch, mit der Energiewende gegen den Tagebau

Südöstlich von Berlin nahe der polnischen Grenze liegt die Lausitz, eines der größten Braunkohlereviere Europas, und liefert die Rohstoffe für den dritt-schmutzigsten Industriebetrieb Europas, Vattenfalls Kraftwerk Jämschwalde.²⁹ Die Tagebaulöcher graben sich immer weiter in die Landschaft und verschlingen ein Dorf nach dem anderen. Die meisten Anwohnerinnen geben irgendwann auf, denn Vattenfall baut einerseits psychologischen Druck auf³⁰ und lockt andererseits mit schneller finanzieller Kompensation für alle, die wegziehen. Aber ein Dorf ist entschlossen, Widerstand zu leisten: Atterwasch will bleiben.³¹

Getragen wird der Widerstand im Ort vor allem von drei Personen, dem Pfarrer der Region, Mathias Berndt, dem Ortsvorsteher und einem Bauern.³² Zusammen mit anderen Mitstreiterinnen haben sie den Argumenten, der Strom müsse ja irgendwoher kommen und es gebe keine Alternative zur Kohle, eine praktische Antwort gegenübergestellt. Das Dorf hat seine Energieversorgung fast vollständig auf erneuerbare Quellen umgestellt. Solarzellen auf der Kirche

29. Für genaue Angaben zum Kraftwerk Jämschwalde vgl. www.lausitzer-braunkohle.de und die European Environmental Agency EEA, Factsheet Jaenschwalde 2005.

30. Zum Beispiel im Jahr 2013 durch die Unterschriftenaktion des Vereins „Pro Lausitzer Braunkohle e.V.“ für den Tagebau Welzow-Süd II. Die Unterschriften werden bei von Vattenfall begünstigten Vereinen gesammelt, so beim Fußballverein Energie Cottbus. Vgl. Rundbrief der Grünen Liga, Umweltgruppe Cottbus im Juli 2013, unter: www.lausitzer-braunkohle.de.

31. Im Jahr 2007 erhielten die Anwohnerinnen einen Brief von Vattenfall, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass sie ab dem Jahr 2015 „umsiedeln“ können und sollen.

32. Vgl. Kunze, Conrad: Modell „Energiedorf“, in: Robin Wood Magazin 1/2011, unter: www.robin-wood.de/Ausgabe-1-11.613.0.html.

und dem Gemeindehaus und eine Biogasanlage ermöglichen eine 100-prozentige Versorgung mit Ökostrom und für die an die Zentralheizung angeschlossenen Häuser auch mit nachhaltig erzeugter Wärme. Neben der symbolischen Aussage ist die Energiewende auch eine Selbstverpflichtung. Da sich die Anlagen ökonomisch meist erst nach zehn bis zwanzig Jahren rentieren, versichern sich die Anwohnerinnen mit jeder Investition, dass sie gewillt sind zu bleiben.

Atterwasch und zwei benachbarte Orte entwickeln sich so zu Zentren des Widerstandes gegen die Nutzung von Kohle als Energieträger. Von hier aus wurde in den Jahren 2007 bis 2009 das Bürgerinnenbegehren „Keine neuen Tagebaue in Brandenburg“ unterstützt, und die Anti-Kohle-Allianz „Klingener Runde“ ist ebenfalls in diesen Orten verwurzelt.³³ Obendrein ist die regionale Solar-Genossenschaft Lausitz entstanden, die mit jeder Solarzelle in den benachbarten Städten und Dörfern ein praktisches Bekenntnis für die Energiewende mit einer lokalen Geldanlage verbindet. In der schwachen Zivilgesellschaft der Lausitz ist das viel. Die Energiewende macht den Menschen Mut, sich zu wehren, sie ist eine alternative Zukunftsperspektive, und sie ist die Möglichkeit, nicht nur Nein, sondern auch Ja zu sagen; Ja zur Zukunft des Dorfes und Ja zur Energiewende.



33. Für eine ausführlichere Beschreibung der lokalen und brandenburgweiten Proteste und Aktionen gegen die Fortführung der Lausitzer Tagebaue vgl. Becker, Sören/Gailing, Ludger/Naumann, Matthias: Neue Energielandschaften – neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2012, S. 46 ff.

.9.

Retenergie, eine italienische Energiegenossenschaft mit Ökostromanbieter

Die Idee für Retenergie entstand 2007 im Piemont. Ein Freundeskreis von Aktivistinnen verschiedener Umweltbewegungen entschied sich, ein Projekt zu initiieren, um gemeinsam in eine Solaranlage zu investieren, zunächst unter dem Namen *Solare Collettivo*, Solarkollektiv. Das kommerzielle Photovoltaik-Projekt namens „eine Kilowattstunde adoptieren“ war der Startschuss für eine unerwartete Erfolgsgeschichte. Die Mitgründerin und derzeitige Präsidentin Anna Maria Olivero nennt das Vertrauen zwischen den Gründungsmitgliedern als wichtige Voraussetzung für den guten Start. Über das Internet und eine wohlwollende Fernsehreportage konnte der Kreis der Unterstützerinnen dann schnell auf andere Teile Italiens ausgedehnt werden,³⁴ wo die Möglichkeit, die Produktion von Energie zu demokratisieren, von Anfang an auf breite Sympathie stieß.

Gemeinsam wurden anfangs einige Grundsätze diskutiert. So beschloss die Gruppe, keine Solaranlagen auf landwirtschaftlich nutzbarem Land zu errichten, um die Nahrungsmittelproduktion nicht zu verdrängen. Stattdessen entschieden sich die Gründerinnen, ihre Anlagen ausschließlich auf Dächern zu installieren.

Auch war eine Veränderung der Geschäftsform nötig. Solare Collettivo als nicht kommerzielle Vereinigung stellte sich als ungeeignet für die Abwicklung der wirtschaftlichen Geschäfte heraus. So wurde die Umweltgenossenschaft Proteo aus der Kleinstadt Mondovi als Partnerin gewonnen.



34. Interview mit Anna Maria Olivero.

Zur Finanzierung der ersten 20kW-Solaranlage konnten von 40 Personen über 70.000 Euro gesammelt werden. Durch die unerwartet gute Resonanz bestärkt, wurden bald darauf weitere Solaranlagen finanziert. Um den Verein vom Tagesgeschäft zu entlasten, wurde 2008 die Genossenschaft Retenergie als Ableger gegründet. Geschäftsführer wurde ein Vereinsmitglied und ehemaliger Biobauer, Marco Mariano. Er erklärt, wie es auch ohne externe Expertise gehen kann: „Da wir alle Neueinsteiger [auf dem Feld der erneuerbaren Energien] waren und uns das auch bewusst war, haben wir uns in eine Situation gebracht, in der wir lernen mussten. Und wir haben gelernt.“³⁵ Die notwendige Expertise in schwierigen technischen Fragen kam ergänzend und rechtzeitig durch neue Mitglieder hinzu. Retenergie kann daher mit nur drei Personen in Teilzeitstellen auskommen. Im Sommer 2013 zählte Retenergie, gegründet von 13 Idealistinnen, rund 600 Mitglieder aus verschiedenen Provinzen im Norden und im Zentrum Italiens.

DAS GESCHÄFTSMODELL

Das Geschäftsmodell gründet auf zwei Arten von Mitgliedschaft, um auf die Finanzlage der Mitglieder Rücksicht zu nehmen. Sogenannte Konsummitglieder zahlen eine Einlage von mindestens 50 Euro und können grünen Strom von der Genossenschaft beziehen. Die „Investorinnenmitglieder“ erhalten ebenfalls grünen Strom, zahlen aber zehn Anteile von zusammen 500 Euro. Mit ihrem Geld werden neue Anlagen errichtet, wofür sie an anfallenden Gewinnen beteiligt werden. Ein weiteres Finanzierungsinstrument sind mit 2 Prozent festverzinsten Kredite, die als „ethische Investitionen“³⁶ von Mitgliedern an die Genossenschaft für ein oder zwei Jahre vergeben werden. Insgesamt konnte so ein Kapital von 800.000 Euro angesammelt werden.³⁷ Allen Mitgliedern stehen die zusätzlichen Leistungen der Genossenschaft, zum Beispiel im Bereich Energieberatung, zur Verfügung. Wie für Genossenschaften üblich, haben alle Mitglieder das gleiche Stimmrecht. Zudem kooperiert Retenergie mit lokalen Handwerkerinnen, die bei energetischen Sanierungen einen Preisnachlass für die Mitglieder gewähren.

35. Interview mit Marco Mariano, Geschäftsführer Retenergie.

36. Ebd.

37. Ebd.

REENERGIE ALS GRÜNER STROMANBIETER

Das italienische Recht macht es Reenergie nicht leicht, selbst produzierten erneuerbaren Strom an die Mitglieder zu verkaufen. Der Markt für erneuerbare Energien wird durch die Gestore dei Servizi Energetici, eine Aktiengesellschaft in Staatsbesitz, gesteuert. Diese kauft den dezentral erzeugten erneuerbaren Strom von den Produzentinnen zu leicht subventionierten Preisen und speist ihn in das italienische Netz ein. Wenn sie den Strom nur aus dem zentralen Netz beziehen würden, hätten die Mitglieder jedoch gar keine finanziellen Vorteile. Um dieses Problem zu lösen, arbeitet Reenergie mit Trenta, einem größeren Energieversorger zusammen. Trenta kauft den in den Anlagen von Reenergie erzeugten Strom und beliefert die Mitglieder mit Ökostrom. Da der normale Energiemarkt umgangen wird, kann Trenta einen zwölfprozentigen Preisnachlass gegenüber dem sonstigen Marktpreis gewähren.

ENTSCHEIDUNGSFINDUNG UND KODEX

Das komplexe Geschäftsmodell bedeutet nicht, dass die Genossenschaft auf demokratische und ökologische Prinzipien verzichten würde. Alle Mitglieder werden zweimal jährlich zur Hauptversammlung, dem höchsten beschlussfassenden Gremium, eingeladen. Ansonsten sind die Mitglieder in regionalen Gruppen, sogenannten Knoten (*nodi*), organisiert und agieren dort weitgehend autonom. Sie schlagen Projekte vor, die dann von der Gesellschaft ausgeführt werden können. Jede der neun Regionalgruppen ist im Vorstand vertreten, um eine dauerhafte Verbindung sicherzustellen.

Ein ethischer Kodex gibt die Grundsätze für Aktivitäten vor. Er legt fest, dass nur mit ethischen oder ökologischen Banken zusammengearbeitet wird, formuliert das Ziel, weniger Energie zu verbrauchen, nur kleine bis mittlere Anlagen zu installieren und stets auf die ökologischen Folgen zu achten, was bedeutet, nicht auf Agrarland zu bauen.³⁸

Marco Mariano erzählt, wie durch einige Mitglieder die Pläne der Geschäftsführung, Windanlagen in Apulien zu errichten, gekippt wurde: „Wir kamen mit großem Enthusiasmus zur Hauptversammlung und stellten diese großartige Möglichkeit vor. Doch bereits nachdem wir fünf Minuten geredet hatten, gingen einige Hände in die Luft und die Mitglieder sagten: Sieh, wir



38. Vgl. Homepage Reenergie, www.reenergie.it.

mögen dieses Projekt nicht, weil Windanlagen viele Probleme verursachen. Und so wurden wir gestoppt.“³⁹ Dies zeigt, wie wichtig sowohl eine verantwortliche Geschäftsführung als auch engagierte Mitglieder für ein ethisches Unternehmen sind. Derzeit werden ökologische Kriterien für die Errichtung von Windanlagen in einer Arbeitsgruppe erstellt, wie sie für die anderen Geschäftsbereiche, Solar- und Wasserkraft, schon bestehen.

Obligatorisch ist auch die grundsätzliche Einbindung von Bürgerinnen, die (noch) nicht Mitglied sind. Wird ein Projekt in einer Gemeinde geplant, werden vorher mehrere Versammlungen abgehalten, um möglichst alle Anwohnerinnen einzubeziehen. Die ethischen Grundsätze von Retenergie würden hierbei eine breite Akzeptanz bei der Bevölkerung ermöglichen, so Mariano. Wie er erklärt, ist Solare Collettivo die Ideengeberin und Retenergie der wirtschaftliche, ausführende Zweig.⁴⁰ Diese Aufgabenteilung gibt dem Verein die Möglichkeit, sich weiterhin um seine anderen Projekte zu kümmern. Zu diesen gehören unter anderem der Aufbau von kleinen Windkraftanlagen im ländlichen Tansania in Ostafrika und ein Sharing-Projekt für Elektro-Scooter in italienischen Städten.



39. Interview mit Marco Mariano.

40. Interview mit Anna Maria Olivero.

.10.

Lieberoser Heide, die größte Solaranlage Europas finanziert die Munitionsräumung

Große Areale des Staatsgebiets der DDR wurden als Truppenübungsplätze genutzt. Ebenso wie die Westalliierten hat sich auch die Rote Armee wenig um den Umweltschutz gesorgt. Zusätzlich fiel mit deren Rückzug nach dem Fall der Berliner Mauer ein beträchtlicher Teil der Flächen brach. Vielerorts sind Heiden und Wälder daher mit Blindgängern und Munition verseucht. So auch in Brandenburg in der Lieberoser Heide. Eine sehr teure Räumung des Geländes war notwendig, da der Wald sonst weder Wanderern noch Schäferinnen oder Försterinnen zugänglich gewesen wäre, und vergrabene Chemiefässer drohten durchzurosten und das Grundwasser zu vergiften.

Der größte Teil der Lieberoser Heide gehört dem Land Brandenburg und wird durch die Landesforstverwaltung bewirtschaftet. Diese entwickelte ein solares Sanierungskonzept, das für andere ehemalige Truppenübungsplätze Vorbildcharakter haben sollte. Eine große Wiese in der Heide war besonders stark kontaminiert. Sie wurde an eine institutionelle Investorin verpachtet, die auf 114 Hektar den seinerzeit größten Solarpark Europas mitten im Wald errichtete. Mit der Pacht von 8,3 Millionen Euro konnte die Entkontamination und Munitionsräumung der Wiese und des restlichen Waldes bezahlt werden.⁴¹ Im Jahr 2013 war bereits die Hälfte des Waldes wieder freigegeben.⁴²

Da das Modell so erfolgreich war, wurde anschließend ein weiterer großer

41. Interview mit einem Verantwortlichen im Landesforstamt am 23.4.2013.

42. Ebd.

Solarpark auf 61 Hektar errichtet. Wenn die Räumung abgeschlossen ist, erhält das Land eine zusätzliche Einnahme aus den verbleibenden Pachten. Sowohl die Räumung als auch der Aufbau des Solarparks waren sehr arbeitsintensiv, sodass für die Dauer von drei Jahren rund 200 Menschen Arbeit fanden, was die lokale Wirtschaft deutlich belebte. Das Projekt wäre noch konsequenter gewesen, wenn die Landesrentenkasse die Solaranlagen finanziert hätte. Das scheiterte jedoch damals an der Landesregierung. Immerhin zeigt das Beispiel Lieberoser Heide, wie die öffentliche Hand auch auf Landesebene mit erneuerbaren Energien wirtschaftlich aktiv werden kann.

.11.

Vents du Sud, eine Produktionsgenossen- schaft im Süden Belgiens

Ein Beispiel für eine der vielen Energiegenossenschaften in Westeuropa ist die noch junge Genossenschaft Vents du Sud (Südwind) aus Belgien. Über die Gründer sagt ihr Präsident Guirec Halfants: „Wir sind alle *Ecolos*“, zu Deutsch: Ökos. Ihr Motto, „Luft holen“ (*prenons l'air*), erläutert Halfants so: „Auf der einen Seite heißt das, Luft zu nehmen, auszutauschen, die Art zu ändern, wie wir die Dinge sehen, also selbst zu atmen, und auf der anderen Seite heißt es, sich die Luft anzueignen. Es ist nicht notwendig, dass die Industrie sie in Besitz nimmt, wie sie das immer tut. Übernehmen wir das selbst!“⁴³

Vents du Sud möchte den kräftigen Wind der Region durch bürgerschaftlich finanzierte Windräder in Energie und Einkommen verwandeln. Dafür ist es notwendig, sich mit den großen Entwicklern zu arrangieren. Denn die sind einfach schneller als die Genossenschaft, wenn es darum geht, den Bäuerinnen die gut gelegenen Grundstücke abzukaufen oder sie zu pachten. Vents du Sud übernimmt deshalb nicht die gesamte Ausführung, sondern nur zwei Teilaufgaben. Die Genossinnen sammeln Kapital der Anwohnerinnen für eine Rendite von 6 Prozent ein. Außerdem sprechen sie mit den Behörden, den Parlamenten und Politikerinnen und informieren die Bürgerinnen mehrmals im Jahr zu Festen und anderen Anlässen über die ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile der Energiewende. So helfen sie mit, die für Windparks notwendige Akzeptanz zu schaffen.⁴⁴

43. Interview mit Guirec Halfants vom 23.5.2013.

44. Vgl. Kunze, Conrad: Soziologie der Energiewende. Erneuerbare Energien und die Transition des ländlichen Raums, Stuttgart 2012, S. 122–135.

Dennoch sei die Zusammenarbeit mit den Behörden nicht immer einfach, so Halfants. Es herrsche dort „sehr, sehr viel Misstrauen“. Besonders zu Beginn habe die Wahrnehmung der Verwaltung ihnen gegenüber zwischen der Stigmatisierung als *Ecolos* und „wundersamen Unternehmern“ geschwankt. Halfants wünscht sich vor allem, dass die Genossenschaft endlich ernst genommen wird. Den Anfangsschwierigkeiten zum Trotz wurde im Juli 2013 das erste genossenschaftlich finanzierte Windrad (*éolienne citoyenne*) genehmigt.

„Rein hypothetisch“ erläutert Guirec Halfants folgende Beispielrechnung zur üblichen Finanzierung: „Ein 2-Megawatt-Windrad kostet rund drei Millionen Euro, eine halbe Million wird von den Bürgern gestellt, eine weitere halbe Million als Darlehen von der Region Wallonie, und zwei Millionen werden von der Bank geliehen.“

Was bei Vents du Sud besonders auffällt, ist eine ausführliche Auflistung von ökologischen und sozialen Zielen. So fordern die Statuten, an denen ein ganzes Jahr gearbeitet wurde, die gleiche Zahl von Frauen und Männern im Vorstand (2013 gab es dort allerdings nur Männer), solidarische Ökonomie, Erhalt der Artenvielfalt, Ökologie und natürlich eine neue Energiepolitik. Die 30 Genossen streben nach einer „Gesellschaft, die auf sozialer Gerechtigkeit basiert“.⁴⁵



45. Selbstdarstellung Vents du Sud, unter: www.ventdusud.be/vds.

.12.

Fair Planet, eine globale Energiegenossenschaft aus Münster

Dass Genossenschaften auch international aktiv sein können, zeigt „Fair Planet“ (FairPla) aus Münster. Gegründet wurde FairPla im Jahr 2006 von Aktivistinnen sowohl aus der ehrenamtlichen als auch der professionellen Entwicklungshilfe. FairPla unterstützt Projekte im globalen Süden und im globalen Osten, aber gerade nicht mit Spenden, sondern mit wirtschaftlichen Vorhaben. So werden Dorfgemeinschaften in Kenia und Indien kleine Biogasanlagen ermöglicht. Mittel zum Zweck sind Bildungsarbeit, praktische Hilfe und günstige Kredite. Das Risikokapital dafür erhält FairPla in Deutschland dank mehrerer großer Solaranlagen. Die Genossinnen aus Deutschland und anderen Ländern des globalen Nordens investieren in die Genossenschaft und diese in die Solaranlagen. Ungefähr die Hälfte des Gewinns fließt als Kapitalverzinsung zurück an die Investorinnenmitglieder. Die andere Hälfte füllt den Fonds, der wiederum Kredite für die nicht europäischen Projekte vergibt. So investiert jedes Mitglied in zwei Projekte, eins im Norden und eins im Süden (oder Osten). Der Unterschied zu Mikrokrediten ist die Mitbestimmung. FairPla erlaubt und fördert die Mitgliedschaft der Kreditnehmerinnen in der Genossenschaft und gibt ihnen somit eine Stimme in wichtigen Entscheidungen.

FairPla zeigt die ganze Spannweite von Projekten innerhalb der Genossenschaftsform und ist das mit Abstand internationalste und globalste der untersuchten Energieprojekte.

[III Ergebnisse]

Wir haben in der EU nach Ansätzen von Energiedemokratie gesucht und einige Beispiele vorgestellt. Hier wollen wir ein Resümee ziehen, was schon möglich ist und was noch kommen könnte. Wir legen wieder die anfangs vorgestellten vier Dimensionen von Energiedemokratie zugrunde.

.1.

Demokratisierung und Beteiligung

Im Vergleich zur etablierten Energieindustrie eröffnen alle untersuchten Beispiele ihren Nutzerinnen einen Zugewinn an Mitsprache. Besonders in den sehr kleinen Projekten kann (und muss) viel entschieden werden. Mit der demokratischen Energiewende wird der direkten Demokratie ein neues Feld erschlossen, indem nicht nur Politik, sondern ein Zweig der Wirtschaft demokratisiert wird.

Auch die größeren Organisationen haben ihre partizipativen Ansprüche bewahrt. So konnten in Schottland mit starker Beteiligung der Anwohnerinnen und der Kommunen Community-Energy-Windparks erreicht werden, die ein sehr hohes Investitionsvolumen aufweisen. Die spanische Genossenschaft Somenergia hat sich trotz des Wachstums auf mehr als 14.000 Genossinnen direktdemokratische Formen erhalten.

Die Beispiele zeigen, dass ein Wachstum der Mitgliederzahl (Somenergia), ein Wachstum über die Region hinaus (Retenergie) und eine Steigerung der Produktionsleistung (Schottland) ein höheres Maß an Professionalisierung erfordern. Diese Professionalisierung ist in allen Fällen mit demokratischen Strukturen vereinbar gewesen. Wir wenden uns daher gegen die Denkfigur, dass regionale Initiativen grundsätzlich demokratischer wären als überregionale. Wenn ein Projekt seiner Region entwächst, sind formale Strukturen notwendig, weil sich Menschen dann nicht einfach zufällig im Dorfkrug treffen oder am Sonntag sehen. Formale Strukturen können der demokratischen Einbindung vieler Mitglieder gerecht werden und sogar mehr Entscheidungsfreiheit erlauben als manche informellen, lokalen Arrangements. Die entscheidende Frage ist, wie solche Regeln gestaltet sind und wie sie wirken. Unsere Beispiele zeigen, dass feste Regeln für demokratische Mitbestimmung Werkzeuge für eine Demokratisierung der Energiewirtschaft sein können.

.2.

Eigentum und Besitz

Die bisher augenscheinlichste Neuerung in den Besitzverhältnissen ist die Renaissance des Genossenschaftswesens im Zuge der Energiewende, zumindest in Westeuropa. Genossenschaften und neue Stadtwerke sind die beiden häufigsten Alternativen in den Eigentumsstrukturen. Die Macht in Genossenschaften geht von ihren Mitgliedern aus, bei einem neuen Stadtwerk von allen wahlberechtigten Einwohnerinnen einer Stadt. In der Genossenschaft sind alle Stimmen gleichwertig. Damit sind sie ein demokratischer Fortschritt gegenüber den üblichen privatwirtschaftlichen Strukturen, in denen das Gewicht der Stimme fast immer an die Höhe der Einlagen gebunden ist. Sie bleiben jedoch hinter den Möglichkeiten des sozialökologischen Stadtwerks des Berliner Energietischs oder den wiederbelebten Inseln in Schottland zurück. Auch gibt es eine lange Tradition der Kritik an den Beschränkungen von Genossenschaften, auf die wir hier jedoch nicht näher eingehen wollen. Zweifellos sind sie eine Verbesserung innerhalb des Systems, jedoch keine Fluchtlinie, die über den gegebenen Kapitalismus hinausweist.

Ein Stadtwerk hingegen hat verschiedene Vorteile. Mit der Unterstützung der lokalen Politik kann es schneller wachsen und im Sinne der Wählerinnen eine soziale Tarifpolitik verfolgen. Dass dies mit traditionellen Stadtwerken nicht immer garantiert ist, zeigen viele Beispiele. Es ist daher wichtig, zu unterscheiden zwischen traditionellen Formen staatlichen Besitzes mit allen ihren Schwächen und den gerade entstehenden neuen Formen. Um nicht die Fehler des traditionellen Staatsbesitzes zu wiederholen, sind neue Formen bürgerschaftlich-staatlichen Besitzes, wie in Schottland, Zschadraß oder Ungersheim, ein Schritt in die richtige Richtung. Statt alles neu zu beginnen, kann es freilich einfacher sein, bestehende staatliche Organisationsformen zu verändern und zu demokratisieren. Die demokratischen Energiewenden geben einige Hinweise, inwiefern dies praktikabel sein kann und wo ein Neuanfang lohnt.

.3.

Produktions-und- Konsum-Genossenschaften

Wir möchten eine Unterscheidung bei den Genossenschaften vornehmen, nämlich in Genossenschaften mit und solche ohne Einbindung der Konsumentinnen. Zwar sind auch reine Produktionsgenossenschaften (z.B. für Windparks) fast immer ein Fortschritt gegenüber dem Status quo. Wesentlich demokratischer sind aber Produktions-und-Konsum-Genossenschaften. Da diese auch die Konsumentinnen zu Genossinnen machen (oder ohnehin von ihnen gegründet werden), müssen hier die Zugangsbarrieren sehr niedrig liegen, um hohe Mitgliederzahlen zu erreichen.

Dazu zwei Beispiele: Vents du Sud aus Belgien ist eine produktionsorientierte Genossenschaft.¹ Ihre Hauptaufgabe ist die Organisation von neuen Windkraftanlagen und die Bereitstellung der Finanzierung. Da es hier um große Summen geht – selbst ein kleines Windrad kostet viele hunderttausend Euro, bringt aber über seine Lebensspanne eine beträchtliche Rendite –, sind sie eine gute Anlagemöglichkeit für das besitzende Bürgertum. Das wäre eine egalitäre Gesellschaftsform, wenn die Vermögen egalitär verteilt wären. Im Gegensatz dazu organisiert Retenergie aus Italien auch die Konsumentinnen. Hier sind also zum einen wesentlich mehr Menschen organisiert, und die Zugangsbarrieren sind sehr niedrig. Die Erfolgchancen für ein nicht an Verbrauchs- und Preissteigerung orientiertes Modell, sind im Zusammenwirken von Konsumentinnen und Produzentinnen wesentlich höher, da es den Konsumentinnen in erster Linie um die Bereitstellung einer Dienstleistung geht und nicht um die Steigerung von Profit und Verbrauch.



1. Das trifft auch auf eine Mehrzahl der deutschen Energiegenossenschaften zu, die wir in dieser Studie nicht näher beleuchtet haben.

.4.

Soziale Tarife

Wenn über Energie demokratischer entschieden wird, ist zu erwarten, dass dort, wo Energiearmut vorherrscht oder viele Menschen unter Armut leiden, sozial gestaffelte Tarife oder ähnliche Modelle eingeführt werden. Gefunden haben wir dennoch nirgendwo ein solches Modell. In Berlin wäre es eingeführt worden, hätte der Volksentscheid für das Stadtwerk Erfolg gehabt.

In Spanien gewährt zwar der Staat Beihilfen für die Stromrechnung armer Familien, jedoch sind die kleinen Anbieter wie Somenergia davon ausgenommen.

Wie Sparsamkeit und die Vermeidung von Energiearmut zusammengehen können zeigt Kuba. Im Jahr 2006 wurde für die „Energierévolution“ ein stark progressiver Stufen-Stromtarif eingeführt.² So kann ein als ausreichend für die Grundbedürfnisse erachtetes Quantum Elektrizität von höchstens 100 kWh monatlich zu einem sehr niedrigen Preis von 0,3 Euro-Cent³ je kWh verbraucht werden. Wird das Quantum überschritten, springt der kWh-Preis nach oben. In diesem Modus gibt es mehrere Tarifstufen, die den Ärmsten das Lebensnotwendige ermöglichen und den Reichsten den Energieluxus zum Beispiel von Klimaanlage zu Luxuspreisen von 16,5 Euro-Cent je kWh⁴ erlauben. Ein derart solidarisches Tarifmodell für den Stromverbrauch in Europa könnte sowohl die Verschwendung durch fehlende Sparsamkeitsanreize als auch das Problem der Energiearmut lindern. Hierfür ist nationale oder europäische Politik gefragt. Bis dahin bleibt es wohl eher beim „deutschen Modell“: Die Ärmsten zahlen die höchsten und die industriellen Großverbraucher die niedrigsten Preise.⁵

-
2. Der unter anderem angelehnt ist an das spanische Wasser-Tarifsysteem. Eine ähnliche Strompreisstaffelung besteht auch in Indien.
 3. 0,3 Eurocents entsprechen 0,09 Pesos; vgl. Seifried, Dieter: *Energierévolution in Kuba. Ein Modell für den Klimaschutz?*, Freiburg 2013, S. 13.
 4. Eigene Berechnung auf Basis der Zahlen bei Seifried: *Energierévolution in Kuba*.
 5. In Deutschland werden industrielle Großverbraucher mit einem Hinweis auf ihre Wettbewerbsfähigkeit von Zuschlägen auf den Strompreis befreit, die jedoch von Privathaushalten sowie den meisten kleinen und mittleren Unternehmen gezahlt werden müssen; vgl. Arepo Consult: *Befreiung der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2012.

.5.

Wertschöpfung und Beschäftigung

In vielen unserer Beispiele bemühen sich die Organisatorinnen, Aufträge an örtliche Handwerkerinnen zu vergeben. Zudem entstehen abhängig von der Größe auch einige neue Arbeitsplätze für die Verwaltung oder die Wartung der Anlagen. Dazu kommt ein Wertschöpfungseffekt durch verminderten Kapitalabfluss, da weniger Brennstoffe importiert werden, wodurch indirekt Arbeitsplätze in anderen Branchen entstehen können.⁶

Wenn wir ein positives Beispiel dafür nennen wollten, dann sind es abermals die schottischen Inseln. Auf Gigha steigt die Zahl der Einwohnerinnen wieder an, und die Investitionen ermöglichen den Ausbau des Fremdenverkehrs. Das sind sicherlich weniger spektakuläre Erfolge als diejenigen, mit denen Staudämme und Atommeiler stets begründet werden. Im Gegensatz zu Letzteren gab es bisher jedoch kein böses Erwachen, sondern sukzessive Fortschritte.

Eine Warnung vor übertriebenen Hoffnungen ist jedoch notwendig. Ohne Zweifel entstehen viele Arbeitsplätze bei der Herstellung von Windrädern und Solarzellen. Allerdings sind das Effekte, die nur einigen Produktionsstandorten zugute kommen und sehr ungleich verteilt sind. Einen Königsweg aus der Massenarbeitslosigkeit bietet die Energiewende deshalb so wenig wie andere Technologien (auch die fossilen Energieindustrien sind hoch automatisiert). So gehört es ja gerade zu ihren Vorzügen, dass keine Kohlebagger laufen und keine Atomendlager gegraben werden müssen. Die so gewonnene Zeit sinnvoll und gerecht zu verteilen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Hoffnungen hier *allein* auf die Energiewende zu setzen wäre allerdings – wie gelegentlich kritisiert wird – eine Rückkehr in die Zeit angestaubter Technikutopien und ihrem Hang zum Fetisch.⁷



6. Vgl. Hirschl, Bernd/Aretz, Astrid/Prahl, Andreas/Böther, Timo/Heinbach, Katharina/Piek, Daniel/Funke, Simon: Kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien (= Schriftenreihe des Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Ausgabe 10/196), Berlin 2010.
7. Vgl. Hildyard, Nick/Lohmann, Larry: The museum of fetishes, in: The Corner House, 31.3.2013.

.6.

Ökologie und Postwachstum

Für viele der untersuchten Projekte und Initiativen sind ökologische Werte eine wichtige Motivation für das oft ehrenamtliche Engagement. Praktiken, welche die Energiewende mit einer Politik von Suffizienz und Postwachstum verbinden, waren in ihren Anfängen zu finden. Im walisischen Machynlleth wird rund ein Drittel der Einnahmen aus den Windrädern in einen Fonds eingespeist, der ärmeren Familien Energiesparmaßnahmen finanziert. Und auch im schottischen Gigha werden die Wärmedämmungen für Wohnhäuser aus den Einnahmen der Windräder finanziert. Die Energiewende wirkt hier als Quersubvention zum Energiesparen. Würde dies auf nationaler Ebene geschehen, könnte das Ziel einer 100-prozentigen Versorgung aus erneuerbaren Energien viel früher erreicht werden, als von den meisten Regierungen vorgesehen.⁸

Ein vorbildliches Modell von Postwachstum und Energiesparen findet sich abermals in der kubanischen *Revolución Energética*. Die Regierung hat den Haushalten eine Million Ventilatoren und rund neun Millionen Energiesparlampen kostenlos im Tausch gegen die alten Geräte überlassen. Der nationale Stromverbrauch ist seitdem um über 10 Prozent gesunken, obwohl zugleich viele Gasherde gegen Elektroherde getauscht wurden.⁹

Wenn von Postwachstum die Rede ist, soll das nicht heißen, dass alle Sektoren einer Wirtschaft schrumpfen. Selektives Wachstum ist durchaus nötig für die Transition in eine Postwachstumsgesellschaft.¹⁰ Der erneuerbare Energie-

-
- 8. Vgl. Greenpeace/European Renewable Energy Council EREC, Energy [R]evolution: Towards a fully renewable energy supply in the EU27, online, 2010.
 - 9. Auch wurden 2,5 Millionen Kühlschränke über Sozialkredite getauscht. Die Einsparung von 10 Prozent ist grob geschätzt, da nur bruchstückhafte Statistiken vorliegen; vgl. Seifried: *Energie-revolution in Kuba*.
 - 10. Latouche, Serge: *Farewell to Growth*, Cambridge 2009.

sektor und insbesondere demokratische Energiewenden müssen dafür kräftig expandieren, um die destruktiven fossilen Energiearten zu verdrängen und zu ersetzen.¹¹ Dazu ein Beispiel: Der von Greenpeace vorgeschlagene europäische Netzausbau mittels einiger Lücken schließender Gleichspannungsleitungen steht einer Postwachstums-Energiewende nicht entgegen, sondern begünstigt sie vielmehr, da der Naturverbrauch für den Leitungszubau viel geringer ausfällt als gegenwärtig für die fossile Energieproduktion notwendig.¹²

Schließlich haben wir auch explizit nach ökologischen Verbesserungen gesucht. Ein ökologisch vorbildliches Projekt zur Erhöhung des Artenreichtums finden wir im französischen Ungersheim, das mit den Einnahmen aus der lokalen Energiewende biologische und extensive Landwirtschaft unterstützt. Im Wendland finanzieren die Einnahmen aus der Windkraft das Saatgut für Blühstreifen, um Ackerränder mit wilden Kräutern zu bepflanzen und so Insekten und Vögeln ein Habitat zu bieten.¹³ Auch die besonders sensible Anpassung der Größe der Windräder an die Landschaft in Schottland und Wales kann als regionaler Beitrag zur Artenvielfalt gewertet werden.

-
11. D'Alessandro, Simone/Luzzati, Tommaso/Morrone, Mario: Energy transitions towards economic and environmental sustainability. Feasible paths and policy implications, in: Journal of Cleaner Production 18(2010)6, S. 532–539.
 12. Vgl. Greenpeace Germany 2014: Power 20[30]: a european grid for 3/4 renewable electricity by 2030.
 13. Vgl. Verein Wendenenergie, unter: www.wendenenergie.de



[IV Ausblick]

Die Zeitschrift *konkret* schrieb nach dem Unfall von Fukushima im Jahr 2011, es werde in Deutschland keinen Atomausstieg geben, denn nicht ein einziges Kraftwerk werde abgeschaltet, solange es noch einen Profit generiere.¹ So erfrischend diese Einschätzung die allgemeine Wahrnehmung einer wertegeleiteten Politik materialistisch gegen den Strich bürstet, hat sie sich einmal als falsch erwiesen.² Politische Entscheidungen jenseits kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen sind prinzipiell möglich, zumindest wenn ein seltenes Ereignis wie Fukushima auf eine 20-jährige Anti-Atom-Bewegung trifft und dann noch eine seit sechs Jahrzehnten regierende CDU in Baden-Württemberg ausgerechnet von der grünen Partei aus dem Amt geworfen wird. Wenn allerdings gleich drei seltene Ausnahmen zusammenkommen müssen für eine, wie Max



1. „Alternative Energieanlagen werden in diesem System gebaut, wenn sie mehr abwerfen als Atomkraftwerke. keinen Tag früher oder später“ (Editorial, in: konkret 9/2011).
2. Hinzuzufügen ist, dass die vier großen Oligopolisten in Deutschland im Frühjahr 2014 vorgeschlagen, leicht verhohlen auch angedroht haben, nicht für den Abriss ihrer Atomkraftwerke bezahlen zu wollen. Das solle der Staat tun und eine Bad Bank für Atomkraftwerke gründen. Zudem wird die BRD vor internationalen Gerichten auf Schadenersatz verklagt, weil sie die Profite der Konzerne durch den Atomausstieg zu Unrecht beschnitten habe. Bezogen auf die Prognose von *konkret* könnte man sagen, dass Atomkraftwerke zwar abgeschaltet werden, aber nur wenn der Staat als ideeller Gesamtkapitalist Sorge trägt, die Kosten zu sozialisieren und die privatisierten Profite zu schützen.

Weber sagen würde, wirtschaftsfremde, genuin politische Entscheidung, wird auch deutlich, wie teuer sie erkaufte werden muss.

In diesem Sinne ist es ebenso erstaunlich, dass in vielen Ländern der EU seit dem Jahr 2000 Einspeisegesetze eingeführt worden sind, mit dem Ziel, die erneuerbare Energieproduktion kräftig zu steigern. In manchen Ländern waren die Gesetze so gestaltet, dass sie ihr Ziel nicht erreichen konnten, und das wohl auch gar nicht sollten. In anderen hingegen kam es tatsächlich zu einem beachtlichen Wandel in der Produktion von Elektrizität und Wärme, die weit über eine Nischenentwicklung hinausgeht, beispielsweise in Dänemark. Innerhalb dieser Länder ist es zwar nur ein kleinerer Anteil der Produktion, den wir als Energiedemokratie bezeichnen können, aber immerhin hat die Marktliberalisierung der Europäischen Union hier nolens volens ein Paralleluniversum der tausend Alternativen entstehen lassen.

Wie wir in den Beispielen guter Praxis gesehen haben, finden sich kleine demokratische Energiewenden an vielen Orten Westeuropas. Die meisten davon, so scheint uns, sind in Deutschland entstanden, wo bürgerschaftliche Energieproduktion den großen vier Oligopolen rund ein Achtel des Strommarktes abgenommen hat.³ Das ist nicht geschehen

- //////
3. Die erneuerbaren Energien in Deutschland sind von der grünen Kapitalfraktion bzw. von Bürgerinnenenergie-Projekten dominiert, nicht von den großen vier Konzernen; vgl. Haas, Tobias/Sander, Hendrik: „Grüne Basis“: Grüne Kapitalfraktionen in Europa — eine empirische Untersuchung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013; Bürgerenergie: Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland, hrsg. von der Initiative „Die Wende – Energie in Bürgerhand“ und Agentur für Erneuerbare Energien, 2013, S. 42, unter: www.die-buergerenergiewende.de/wp-content/uploads/2013/10/definition-und-marktanalyse-von-buergerenergie-in-deutschland_akt_2.pdf. Demnach entfällt rund die Hälfte der erneuerbaren Energien in Deutschland auf „Bürgerenergie“. Da rund ein Viertel des Stroms erneuerbar produziert wird, lässt sich vereinfacht folgern, dass ein Achtel der gesamten Elektrizität in Deutschland von „bürgerschaftlichen“ Initiativen produziert wird, die unserer Definition von Energiedemokratie zumindest nahestehen.

dank Good Governance, sondern wegen Bad Governance.⁴ Es dürfte in keinem Land Europas das Ziel einer Regierung gewesen sein, den jeweiligen Energie-Oligopolen Schaden zuzufügen.⁵ In Deutschland jedoch waren die Befugnisse für das Einspeisegesetz so breit auf mehrere Ministerien verteilt und die Interessen zwischen Bund und Ländern so heterogen, dass es der Lobby der Oligopolistinnen viele Jahre nicht gelang, das derart ungreifbare Einspeisegesetz zu Fall zu bringen. Die oft beklagte Blockade der Politik und die fehlende Zentralisierung wichtiger Entscheidungen hat hier einmal etwas Gutes bewirkt, einen für 14 Jahre kaum zu kontrollierenden „Wildwuchs“ von demokratischen Energieprojekten. Diese Phase kommt im Jahr 2014 vorerst an ihr Ende. Das Wirtschaftsministerium hat die Kompetenzen für das Einspeisegesetz gebündelt und koordiniert nun dessen Beschneidung und oligopolfreundliche Reform.⁶

Das Reden über die Notwendigkeit der Energiewende, die vorgebliche Sorge um zu hohe Energiepreise und Energiearmut kann getrost als mediales Hintergrundrauschen abgetan werden. Tatsächlich beginnt



4. Wenn Good Governance die geplante Steuerung eines Transformationsprozesses bezeichnet, dann hätten die Niederlande dessen Eignung für die Energiewende zeigen können. Der zentral gesteuerte Prozess für die Verminderung der Kohlenstoffemissionen und die Energiewende wurden jedoch von der fossilen Industrie „gekapert“ und ausgebremst. Bezeichnenderweise kommt die holländische Energiewende kaum voran, trotz des viel gelobten „Transitionsmanagements“. In Deutschland begann das Ende der bis dato rasch fortschreitenden Energiewende mit der Zusammenführung aller Kompetenzen beim Wirtschaftsministerium. Im Sinne von Good Governance ist eine solche Zentralisierung und Planbarkeit eine gute Voraussetzung. Beide Beispiele, die Niederlande und Deutschland, zeigen, dass einheitliche und zentrale Planbarkeit den beherrschenden Kräften der fossilen Industrien zuspült, während die teils beklagte Dezentralisierung und Uneinheitlichkeit der deutschen Energiewende sie zur Erfolgsgeschichte hat werden lassen. Zu den Niederlanden vgl. Kern, Florian/Smith, Adrian: Restructuring energy systems for sustainability? Energy transition policy in the Netherlands, in: Energy Policy 36 (2008) 11, S. 4093–4103.
5. Wir folgen in diesem Gedanken der Staatstheorie von Nicos Poulantzas.
6. Vgl. Bürgerenergie e.V./BUND/Uwe Nestle: Marktrealität von Bürgerenergie. und mögliche Auswirkungen von regulatorischen Eingriffen in die Energiewende, April 2014, unter: www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/140407_bund_klima_energie_buergerenergie_studie.pdf.

Deutschland im Jahr 2014 eine zentralistische Kehrtwende. Die Energiewende wird weitergehen, aber viel langsamer und in jedem Fall so, dass die großen Oligopole in Zukunft stärker profitieren, und nicht wie bisher die vielen kleinen demokratischen Energiewenden. Den harten Kern des oligopolfreundlichen Teils der Reform bilden zwei Neuerungen. Ab 2014 bzw. 2017 sollen für alle erneuerbaren Energieproduzentinnen „Direktvermarktung“ und „Ausschreibung“ verbindlich sein. Wie in anderen Fällen auch begründet die deutsche Regierung diese Reformen, gegen die es durchaus Proteste gibt vonseiten der „grünen Kapitalfraktion“,⁷ mit Verweis auf Vorgaben aus Brüssel. In Brüssel wiederum wird der Vorstoß auf das deutsche Einspeisegesetz vom Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) getragen. Dass Oettinger die CDU-Parteimitgliedschaft mit der Kanzlerin teilt, dürfte einiges dazu beitragen, die Vorgaben aus Brüssel so gut mit der traditionellen Industriepolitik der CDU (allerdings mit der mitregierenden SPD und deren „Kohlelobby“) harmonisieren zu lassen.

Der sich vollziehende Rückschritt der deutschen Energiepolitik wird also auch die EU betreffen. Dort prallen die Interessen der Fürsprecherinnen von Kohle, Atom und Fracking auf die derjenigen, die auf Wind und Sonne setzen, mit der entsprechenden Verteilung auf die Länder. Spannend wird es im Jahr 2015, wenn die EU sich neue Klima- und Energieziele gibt. Möglicherweise werden dann andere Länder die Rolle Deutschlands als Zugpferd für die Energiewende übernehmen. Aber auch in der EU ist die Entwicklung noch offen. So hat der Europäische Gerichtshof schon einmal, im Jahr 2001, gegen die stärkeren Lobbyinteressen der fossilen Energieproduzentinnen und für das Einspeisegesetz entschieden. Und selbst die schon so lange herbeigeredete Renaissance der Atomkraft scheitert gerade an der EU, die gegen Großbritannien und die dort geplante Subventionierung von Atomstrom klagt.

Ein positives Zukunftsszenario der Neuausrichtung des europäischen Energiesystems würde bedeuten, dass die demokratischen Energiewenden auf ein höheres Niveau gelangen. Bisher sind die meisten vorbildlichen Projekte, so auch die in dieser Studie vorgestellten, eher auf einen

7. Vgl. Haas/Sander: „Grüne Basis“.

kleinen Kreis von Menschen beschränkt. Demokratische Energieprojekte verbreiten sich zwar, befinden sich aber meist noch in Nischen. Besonders vielversprechend sind daher die Ansätze von Übertragungen in größere Bereiche, zum Beispiel der Übergang von ländlichen zu städtischen Energiewenden. Wenn sich das Modell Energiedemokratie in diese Richtung weiterentwickeln würde, wie es sich in Berlin und einigen weiteren deutschen Städten abzeichnet, wäre das ein großer Fortschritt. Demokratische Energiewenden, die Großstädte versorgen, könnten Teil einer allgemeinen Energiewende sein, die große Quantitäten sauberen Stroms erzeugt und zugleich die Energiewirtschaft demokratisiert. Diese Aussicht klingt selbst in Deutschland ein wenig utopisch, aber immer noch weniger utopisch als der Atomausstieg noch vor einigen Jahren, als Atomkraftgegnerinnen von vielen Konservativen als weltfremde Spinner verlacht wurden.

Mit dem drohenden Beginn von Fracking in vielen Regionen Europas ist die Politisierung der Energiefrage nun auch europäisch geworden. Von England bis Litauen, und selbst in Polen, wehren sich die Menschen, ihre Regionen zu industriellen Giftmülldeponien verkommen zu lassen. Und überall müssen Umweltbewegungen gegen das gleiche Argument ankämpfen, es gebe überhaupt keine Alternative zu Schiefergas, Atomkraft und Kohle. Wie erfolgreich die Bewegungen bisher sind, zeigt sich daran, dass Fracking nirgendwo im größeren Maßstab begonnen hat, trotz massiver Unterstützung durch die Massenmedien und die meisten Regierungen.⁸

Dem Argument der Alternativlosigkeit, dem in Osteuropa noch ein patriotisches hinzugefügt wird (der Unabhängigkeit von Russland), kann mit Energiedemokratie begegnet werden. Langfristig können die erneuerbaren Energien die fossilen Technologien ersetzen, wie zahlreiche Berechnungen zeigen.⁹ Jede lokale Initiative gegen eine fossi-



8. In Deutschland sind darüber hinaus nicht weniger als 18 Kohlekraftwerke von lokalen Umweltbewegungen verhindert worden (Stand Januar 2013), vgl. Greenpeace: Zum Stand der Kohlekraftwerke in Deutschland, unter: www.greenpeace.de/themen/energiewende/fossile-energien/geplante-kohlekraftwerke-deutschland.
9. Vgl. z.B. das Greenpeace-Szenario für 2030: Greenpeace/European Renewable Energy Council EREC, Energy [R]evolution: Towards a fully Renewable Energy Supply in the EU27, 2010, unter: www.greenpeace.org/austria/Global/austria/dokumente/Studien/klima_EU_EnergyRevolution_2010.pdf.

le Technologie kann mit der Forderung nach erneuerbaren Technologien und einer demokratischen Energiewende verbunden werden. Sie ist dann kein Sankt-Florians-Prinzip¹⁰ mehr, denn wo sich ein Windrad dreht, kann Schiefergas und Kohle grundsätzlich im Boden bleiben. Je mehr sich Europa erneuerbar versorgt, umso weniger muss es Kohle aus Kolumbien, Uran aus dem Niger und Schieferöl aus Kanada importieren. Jeder Schritt zu einer sozialökologischen Energiewende ist daher auch einer für globale Umweltgerechtigkeit.¹¹



10. In der Wissenschaft spricht man auch von NIMBY (not-in-my-backyard – nicht in meinem Hinterhof).
11. Zur Umweltgerechtigkeit vgl. Anqueloovski, Isabelle/Martinez-Allier, Joan: The „Environmentalism of the Poor“ revisited. Territory and place in disconnected glocal struggles, in: Ecological Economics 102 (2014), S. 167–176.

[Literatur]

- › Altvater, Elmar: Utopie statt Sachzwang: Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2013, S. 93–100.
- › Angelovski, Isabelle/Martinez-Allier, Joan: The "Environmentalism of the Poor" revisited. Territory and place in disconnected global struggles, in: Ecological Economics 102 (2014), S. 167–176.
- › Arepo Consult, Befreiung der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2012.
- › Becker, Sören/Gailing, Ludger/Naumann, Matthias: Neue Energielandschaften – neue Akteurslandschaften: Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2012.
- › Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Global environmental politics and the imperial mode of living. Articulations of state-capital relations and the multiple crisis, in: Globalizations 9(2012)4, S. 547–560.
- › Bürgerenergie: Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland, hrsg. von der Initiative „Die Wende – Energie in Bürgerhand“ und Agentur für Erneuerbare Energien, 2013, unter: http://www.die-buergerenergie-wende.de/wp-content/uploads/2013/10/definition-und-marktanalyse-von-buergerenergie-in-deutschland_akt_2.pdf.
- › Bürgerenergie e.V./BUND/Uwe Nestle: Marktrealität von Bürgerenergie und mögliche Auswirkungen von regulatorischen Eingriffen in die Energiewende, April 2014, unter: www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/140407_bund_klima_energie_buergerenergie_studie.pdf.
- › Cumbers, Andrew/Danson, Mike/Whittam, Geoff/Morgan, Gordon/Callaghan, George: Repossessing the Future. A Common Weal Strategy for Community and Democratic Ownership of Scotland's Energy Resources, Glasgow 2013.
- › D'Alessandro, Simone/Luzzati, Tommaso/Morroni, Mario: Energy transitions towards economic and environmental sustainability. Feasible paths and policy implications, in: Journal of Cleaner Production 18(2010)6, S. 532–539.

- Dänische Energieagentur: Statistik der Windkraft, Stand 2012, unter: http://www.ens.dk/sites/ens.dk/files/supply/renewable-energy/wind-power/facts-about-wind-power/key-figures-statistics/graphs_2012.png.
- EurObserv'ER: État des Énergies Renouvelable en Europe / The state of renewable energies in Europe, Paris 2012.
- Greenpeace: Zum Stand der Kohlekraftwerke in Deutschland, unter: www.greenpeace.de/themen/energiewende/fossile-energien/geplante-kohlekraftwerke-deutschland
- Greenpeace Germany 2014, Power 20[30]: a european grid for 3/4 renewable electricity by 2030.
- Greenpeace/European Renewable Energy Council EREC, Energy [R]evolution: Towards a fully Renewable Energy Supply in the EU27, 2010, unter: www.greenpeace.org/austria/Global/austria/dokumente/Studien/klima_EU_EnergyRevolution_2010.pdf.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik: «Grüne Basis». Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013.
- Helferich, Silke: Energierevolution in Kuba. Ein verordneter Paradigmenwechsel, in: Jahrbuch Lateinamerika 31: Rohstoffboom mit Risiken, Münster 2007, S. 75–89.
- Hildyard, Nick/Lohmann, Larry, The museum of fetishes, in: The Corner House, 31.3.2013.
- Hirschl, Bernd/Aretz, Astrid/Prahl, Andreas/Böther, Timo/Heinbach, Katharina/Piek, Daniel/Funke, Simon: Kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien (= Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, 10/196), Berlin 2010.
- Hopkins, Rob: The Transition Handbook. From Oil Dependency to Local Resilience. Cambridge 2008.
- Illich, Ivan: Tools for Conviviality, London 1973.
- Kern, Florian/Smith, Adrian: Restructuring energy systems for sustainability? Energy transition policy in the Netherlands, in: Energy Policy 36(2008)11, S. 4093–4103.
- Kunze, Conrad: Modell „Energiedorf“, in: Robin Wood Magazin 1/2011.
- Kunze, Conrad: Soziologie der Energiewende. Erneuerbare Energien und die Transition des ländlichen Raums, Stuttgart 2012.
- Kunze, Conrad/Becker, Sören: Energiedemokratie in Europa, Stuttgart 2014.
- Latouche, Serge: Farewell to Growth, Cambridge 2009.
- Linebaugh, Peter: The Magna Charta Manifesto. Liberty and Commons for All, Berkeley 2009.
- Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 23, Berlin 1975.

- › Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1989, S. 347–377.
- › Murphy, Joseph: At the edge. Community ownership, climate change and energy in Scotland, Joseph Rowntree Foundation, briefing paper, 11/2010, unter: www.jrf.org.uk/sites/files/jrf/community-ownership-scotland.pdf.
- › Osnabrücker Klimaallianz OK, Auf dem Weg zur Klimastadt. Bürgerschaftliche Impulse für Klimaschutz und Energiewende in Osnabrück, online, 2012, unter: www.osnabruecker-klimaallianz.de/wp-content/uploads/2012/10/O.K._Klimastadt-Reader_1_021012.pdf.
- › Park, J.: Fostering community energy and equal opportunities between communities, in: Local Environment, 17(2012)4, S. 387–408.
- › Plan B: Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau, hrsg. von der Partei DIE LINKE, im Bundestag, überarbeitete Version, 2013, unter: www.plan-b-mitmachen.de/konferenz/.
- › Poulantzas, Nicos: Political Power and Social Classes, London 1973.
- › Seifried, Dieter: Energierévolution in Kuba. Ein Modell für den Klimaschutz?, Freiburg 2013.
- › Thie, Hans: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, Hamburg 2013.



CONRAD KUNZE ist Soziologe und Historiker. Seit fünf Jahren lehrt, schreibt und forscht er als Wissenschaftler zu verschiedenen Umweltthemen, derzeit am Lehrstuhl für Environmental Governance in Freiburg im Breisgau. 2012 hat er das Büro für eine demokratische Energiewende in Berlin gegründet und ist ehrenamtlich am Lausitzer Klima- und Energiecamp beteiligt.

SÖREN BECKER arbeitet als Geograf und Politikwissenschaftler am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner e.V. Dort forscht er zu neuen Organisationsformen, sozialen Bewegungen und veränderten räumlichen Strukturen in der Energiewende.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Büro Brüssel
Avenue Michel-Ange 11
1000 Brüssel
Belgien

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.
Dr. Klaus Sühl

LEKTORAT

TEXT-ARBEIT, Berlin

AUTOREN

Conrad Kunze, Sören Becker

DESIGN UND LAYOUT

Erifili Arapoglou

DRUCK

Van Ruys Printing

Brüssel, Juli 2014





Die Energiewende verdrängt schon jetzt Atom- und Kohlekraftwerke in Europa und wird sie einmal ganz ablösen können. Hermann Scheer hat unablässig betont, dass dieser Übergang auch das Soziale und Politische zum Besseren verändern kann. Diese Studie bietet einen allgemein verständlichen Überblick zu hervorragenden demokratischen Energiewenden innerhalb der Europäischen Union. Wir haben nach jungen Energieprojekten gesucht, die sich auszeichnen, indem sie die Energiewende mit einem Gewinn in den Bereichen Partizipation, kollektiver Besitz, lokale Wirtschaft oder Ökologie verbinden. Anhand einer Auswahl von zwölf Beispielen werfen wir einen Blick auf das entstandene Paralleluniversum der kleinen Alternativen und wagen einen Ausblick auf die Entwicklungen und Möglichkeiten der kommenden Jahre. Erneuerbare Energien sind nicht nur ein Mittel gegen den Klimawandel, sie können, richtig genutzt, mehr und mehr Teil einer größeren gesellschaftlichen Veränderung sein.

